

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 145 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 2/2007 VOM 9. FEBRUAR 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Aufgaben der
Kitabetreuung**

Landkreis verstößt gegen Kita-Gesetz

7 | **Endspurt für
Einwendungen**

Müllverbrennungsanlage Eberswalde

13 | **Alleefällungen im
Landkreis Barnim**

Tradition der Naturzerstörung

Militarisierung *im Barnim*

Vorbereitung für Einsätze der Bundeswehr zur »Inneren Sicherheit«

Die regionale Tageszeitung berichtete jüngst unter der Überschrift »Bei Katastrophen eilt Bundeswehr zur Hilfe« über die Berufung eines Verbindungsoffiziers der Bundeswehr im Landkreis Barnim. Der Hauptmann der Reserve Ralf Schaffland wurde zum Chef des neuen Kreisverbindungskommandos, dem künftig sieben Offiziere und drei Feldwebel der Reserve angehören sollen.

In dem Pressebeitrag wird suggeriert, daß es bei der neuen Struktur zur Zivil-Militärischen Zusammenarbeit ausschließlich um die Hilfe der Bundeswehr bei Katastrophen gehe. Wie immer in solchen Fällen wird auf den Bundeswehreinsatz beim Oderhochwasser von 1997 verwiesen. Daß dieser Hilfeinsatz damals von der Bundeswehr zugleich für die bis dahin größte Fernmeldeübung mißbraucht wurde (vgl. BBP 8/1997), wird selbstverständlich ausgeblendet.

Auch Kreisdezentern Dr. Jörg Mocek malt Katastrophenszenarien, wie ein erneutes Hochwasser oder ein Zugunglück. »Dann brauchen wir«, wird er vom Barnim-Echo zitiert, »professionelle Hilfe bei der Kommunikation, bei der Rettung und der Koordinierung der Einsätze oder der Evakuierung von Bürgern«. Sind etwa Zivilschutz, Technisches Hilfswerk und Feuerwehren, von denen die Erfüllung dieser Aufgaben zu erwarten wäre, im Landkreis Barnim nicht auf dem erforderlichen Stand?

Will der Kreisdezentern tatsächlich Glauben machen, er wüßte nicht, wozu eine Armee da ist?

Die neuen Kommandos für Zivil-Militärische Zusammenarbeit stehen im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einem global einsetzbaren Interventionsheer. Die alten, auf einen Landkrieg mit benachbarten Staaten ausgerichteten Strukturen gehören der Vergangenheit an. Die Truppe wird verkleinert, Standorte werden aufgegeben, Einheiten aufgelöst. Dazu gehören auch die bisher für den »Heimatschutz« zuständigen Verteidigungsbezirkskommandos und weitere Truppenteile des Territorialheeres.

Auf die Nutzung ziviler Komponenten im Kriegsfall soll aber nicht verzichtet werden. Im Gegenteil. Insgesamt ist nach derzeitigem Stand die Einrichtung von insgesamt 429 Verbindungskommandos zu Landkreisen und kreisfreien Städten sowie 34 dieser Kommandos auf Bezirksebene geplant. Koordiniert werden sollen diese zivil-militärischen Strukturen durch entsprechende Landeskommandos. Die Verbindungskommandos sind per Definition ständige Mitglieder der lokalen Krisenstäbe. Auf Kreisebene bestehen die Kommandos aus Reservisten, die die Qualifikationen und vor allem die Erkenntnisse ihrer zivilen Tätigkeiten einbringen sollen.

Der Inspekteur der Streitkräftebasis Vizeadmiral Wolfram Kühn erklärte anlässlich der Indienststellung der ersten Landeskommandos, daß den Streitkräften ein »flächendeckendes Beziehungsgeflecht auf- und zwischen allen Führungsebenen« zur Verfügung gestellt werden soll. Noch bevor über die rechtlichen Grundlagen über die Bundeswehraktivitäten im Inland entschieden war, übten bereits Ende 2005 mehr als 2.000 Teilnehmer aus staatlichen und privaten Institutionen in einem großangelegten Stabsmanöver die Kooperation mit dem Militär. Die zivilen Qualifikationen der Reservisten, so Kühn, »sind für die logistische, infrastrukturelle oder administrative Unterstützung unserer Einsatzkontingente von besonderem Wert«. Durch die regionale Rekrutierung der für den Einsatz in den Verbindungskommandos vorgesehenen Reservisten soll den militärischen Leitungsstäben detaillierte, örtlich gewonnene Erkenntnisse aus den Operationszonen zukünftiger Notstandsgebiete angeboten werden können.

Noch verhindern die Regelungen des Grundgesetzes den offenen Einsatz der Bundeswehr im Innern. Doch die Diskussionen zur Abschaffung dieser Hürde sind in vollem Gange. Während der Fußballweltmeisterschaft wurde der Einsatz der Bundeswehr im Innern schon mal geübt. Mit den Verbindungskommandos werden die geeigneten Strukturen geschaffen. Die mit der Behauptung, die Kommandos dienen nur dem Katastrophenschutz, verbundene Lüge wird offenbar. Eine Lüge, die die Militarisierung der BRD-Gesellschaft verschleiern und den Bürgerinnen und Bürgern schmackhaft machen soll.

Denn es geht nicht darum, die Ressourcen der Bundeswehr für den Zivilschutz bereitzustellen, sondern um die militärische Nutzung der zivilen Ressourcen. Und um Vorbereitungen für den Bundeswehreinsatz zur »Inneren Sicherheit«.

GERD MARKMANN



Kinder im Cockpit von Kriegsflugzeugen während der Luftwaffenschau 2004 in Eberswalde. Bereits 1999 hatte der Kreistag den Beschluß von 1990 zum »Militärfreien Kreis« in aufgeheizter militaristischer Atmosphäre aufgehoben. Zwei Kriegswaffenschauen in Eberswalde folgten. Nunmehr werden die kommunalen Strukturen fest in die Vorbereitungen der Bundeswehr für Einsätze im Ausland und im Innern eingebunden.

Quellen: »Märkische Oderzeitung« vom 2.2.2007, www.german-foreign-policy.com und www.streitkraeftebasis.de

Sonne

*Du strahlende mächtige Sonne!
Weltenwanderin!
Herzengkönigin!*

*Sinnbild gewinnender Kraft, aufbauender
Hoffnung, selbstloser Liebe.*

Sei begrüßt!

*Du schenkst mit reinem Angesicht, ohne
Vorbehalt und den geheimen Wünschen
verborgender Gedanken.
Immer schmückt Dich das Kleid der
Wahrhaftigkeit und Deine Gaben fließen
aus den Toren verstehender Gnade.*

*Sei nochmals begrüßt!
Dein Einzug ist strahlend, Dein Abgang
verheißend,
Deine ewige Wiederkehr ein Bronnen
allgöttlichen Wirkens.
Opferfülle des Lichtes!
Schale geborgenen Glanzes!
Sphärenlied der Harmonie!
Zum drittenmal, sei begrüßt!*

KURT KRETSCHMANN (1935/36)

aus Kurt Kretschmann: »Das sonnige Buch«, Lyrik und Prosa aus vergangenen Zeiten, Findling Buchverlag Neuenhagen, 1998

Kurt Kretschmann in der »Barnimer Bürgerpost«

Im Jahr 1992 lernte ich Kurt Kretschmann persönlich kennen. Er hielt im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit« in Eberswalde einen Vortrag über seinen zehnjährigen Kampf gegen Militarismus und Krieg. Seither schrieb er regelmäßig für unsere Zeitung, bis ihn seine fortschreitende Erblindung mehr und mehr am Schreiben hinderte. Vor allem fehlte in den letzten Jahren die Assistenz seiner Frau Erna, die bis zu ihrem Tod seine Schriften mit der Schreibmaschine in die entsprechende Form gebracht hatte. Schon lange existiert die Idee, Kurts Beiträge in der »Barnimer Bürgerpost« und in unserer Vorgängerzeitung »Linker Eberspiegel« zusammengefaßt den Leserinnen und Lesern in einer Sonderveröffentlichung zu präsentieren.

Es gehört zu jenen unverzeihlichen Versäumnissen, dieses Vorhaben nicht mit der nötigen Beharrlichkeit verfolgt zu haben. Nun langt es nur noch zu einer postumen Ehrung.

Wenigstens dies sind wir unserem Freunde schuldig. Die nötigen Vorarbeiten sind in Gang gesetzt. Vorbestellungen, die die Kalkulation erleichtern, nehmen wir ab sofort entgegen.

GERD MARKMANN

Nachruf

Das Leben von Kurt Kretschmann fand am 20. Januar 2007 seine Vollendung. Vor 93 Jahren erblickte er am 2. März 1914 als Kind einer Berliner Arbeiterfamilie das Licht der Welt. Weltkrieg und Nachkriegskrise prägten seine Kindheit und Jugend. Beeinflußt vom Antikriegsmuseum Ernst Friedrichs in Berlin wurde er frühzeitig zum Antimilitaristen. Aus ethischen Gründen und um seine Abhängigkeit vom kapitalistischen System zu minimieren, lebte er seit seinem 17. Lebensjahr vegetarisch. Nach der Machtübernahme durch die Nazis zog er sich auf ein Gartengrundstück bei Rüdnitz zurück, um fern der kapitalistischen Tretmühlen und der beginnenden Militarisation im Einklang mit der Natur zu leben. Doch die Idylle währte nicht lange. Kurt Kretschmann mußte zum verhaßten Militär und in den schrecklichsten aller Kriege. Nach 2½ Jahren Ostfront nutzte er im Januar 1945 einen Heimaturlaub, um zu desertieren.

Nach dem Krieg waren seine Erfahrungen als Deserteur und Antimilitarist in der entstehenden DDR nicht sehr gefragt. Dafür widmete er gemeinsam mit seiner Frau Erna seine ganze Kraft dem Schutz der Natur. Als Erfinder des DDR-Naturschutzsymbols, der schwarzen Eule auf gelbem Grund, wurde er nach 1990 auch bundesweit bekannt und geehrt. Über seine Lebensstationen als Naturschutzbeauftragter Ende der 40er bis Anfang der 50er Jahre, beim Aufbau der »Zentralen Lehrstätte für Naturschutz« in den 50er Jahren, ab 1960 der Ausbau des eigenen Wohnhauses zum »Haus der Naturpflege«, der Arbeitskreis Weißstorch seit Mitte der 70er Jahre und schließlich der Total-Mulch-Garten seit 1990 wurde und wird viel berichtet. Über seine antimilitaristischen Aktivitäten weniger. Hier war er in den 90er Jahren sehr aktiv, sei es in Gesprächsrunden vor allem mit Jugendlichen oder durch seine Buchveröffentlichungen. Die Titel sprechen für sich: »Zehn Jahre Kampf und Widerstand gegen den deutschen Militarismus« (1992, 2000), »Und da leben Sie noch?« (1999), »Erinnerungen an eine schreckliche Zeit« (2000), »Erinnerungen an meinen im Hitler-Krieg gefallenen Freund Herbert Marquardt« (2002), »Lüge und Wahrheit« (2003).

Für die Leserinnen und Lesern der »Barnimer Bürgerpost« sind dies keine Neuigkeiten. Seit 1992 schrieb Kurt Kretschmann für die »Barnimer Bürgerpost« bzw. unser Vorgängerblatt »Der Linke Eberspiegel«. Mit unvergleichlicher Themenbreite bereicherte er das inhaltliche Profil unserer Zeitung mit Beiträgen zum Naturschutz, über den Total-Mulch-Garten, den Vegetarismus, seine Friedensaktivitäten und mit philosophischen Betrachtungen über die heutige Gesellschaft. Kurts Weisheit, seine Humanität, sein Kampf gegen Militarismus und Krieg trugen zum Profil unserer Zeitung bei. Seinen unerschütterlichen Optimismus und die Lebenskraft, die er aus einem Leben in Harmonie mit der Natur schöpfte und von der er allzugern abgab, wollen wir in uns bewahren.

Barnimer Bürgerpost e.V.

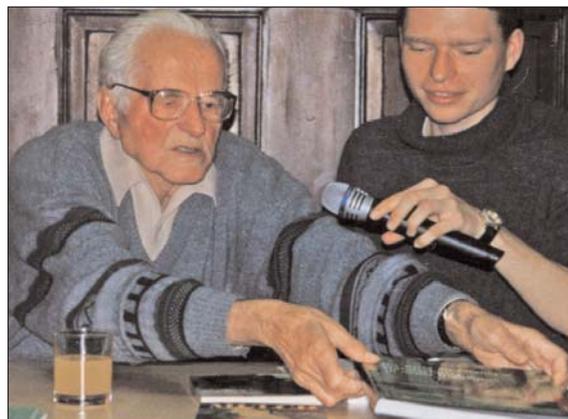
Dr. MANFRED PFAFF
(Vorsitzender des Vereins)

GERD MARKMANN
(Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«)

Ein großer menschlicher Verlust

Kurt Kretschmann war ein Mensch, der durch sein einfaches und aufrichtiges Dasein für viele zum Vorbild wurde. Er hat gezeigt, daß man anders, naturverbunden leben, und dennoch viel erreichen kann. Kurt Kretschmann ist dabei seinen Idealen der Gerechtigkeit und einer gerechten Gesellschaft immer treu geblieben.

Auch im hohen Alter hatte er viele Projekte. Noch viel mehr Leute wollte er von den Vorteilen seines Total-Mulch-Gartens überzeugen.



Kurt Kretschmann zusammen mit Daniel Fischer auf einer Veranstaltung in Eberswalde im November 2001.

Erst im Frühjahr vergangenen Jahres war er bei der Einweihung einer Veranda in dem von ihm geschaffenen »Haus der Naturpflege« in Bad Freienwalde dabei. Er konnte sich freuen, daß sich nunmehr schon die dritte oder vierte Generation von Naturschützern von seinen Vorstellungen anregen ließ. Kurt Kretschmann war der Schöpfer des Naturschutzsymbols der DDR, der Eule. Seiner Beharrlichkeit ist es auch zu verdanken, daß die Eule nach der Einheit das gesamtdeutsche Schutzzeichen wurde.

Kurt Kretschmann, der im II. Weltkrieg desertierte, war zeitlebens ein Friedenskämpfer, der Faschismus und Krieg verabscheute. In einem seiner Gedichte ist zu lesen:

*Zwölf Jahre Faschismus. Millionen verloren
ihr Leben.
Ein solches Verbrechen hat es zuvor noch
nicht gegeben.
Nie dürfen wir vergessen, wer der Schuldige
war,
was damals unter Hitler in Deutschland ge-
schah.*

Mit Kurt Kretschmann verliere ich einen persönlichen Freund.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Klima-Bündnis:

Wiedereintritt noch nicht erfolgt

Wegen 250 Euro pro Jahr hatte die Stadt Ende 2005 die Mitgliedschaft gekündigt

Eberswalde (bbp). Fast ein Jahr, nachdem die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hatte, ihren Austritt aus dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) rückgängig zu machen, ist der Wiedereintritt noch immer nicht erfolgt. Die Kündigung der Mitgliedschaft war im Dezember 2005 in Zusammenhang mit einem Konsolidierungskonzept für den damals defizitären Stadthaushalt beschlossen worden, um die 250 Euro Jahresmitgliedsbeitrag einzusparen. Die AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim, Bündnis 90/Grüne Eberswalde sowie die Vereine Energiesparkontor Barnim und Lokale Agenda 21 Eberswalde appellierten daraufhin im Januar 2006 an die Stadtverordneten, diese umweltpolitische Blamage rückgängig zu machen. Die vier Gruppen erklärten sich bereit, die 250 Euro mittels Spende aufzubringen. Die Fraktionen Die Linke.PDS und Grüne/BFB griffen die Initiative auf. Bei einer Enthaltung wurde der Wiedereintritt ins Klima-Bündnis mehrheitlich beschlossen (BBP 2 und 3/2006).

Während der Austrittsbeschluss vom Dezember schon einen Tag nach der StVV realisiert wurde, ließ sich die Verwaltung für den Wiedereintritt Zeit. Es müsse ja erst gewartet werden, ob die Spenden tatsächlich eingehen, hieß es in einem Verwaltungsschreiben vom April 2006. Die gleiche Verwaltung hatte es bis dahin nicht für nötig erachtet, die vier Organisationen über den Ausgang der StVV-Entscheidung und über das Zahlungsprocedere zu unterrichten. Dies wurde dann selbst recherchiert. Die Vereine nutzten jede Gelegenheit, um Spenden für das Klima-Bündnis einzusammeln, so z.B. der Tag der Erneuerbaren Energie am 29. April 2006 (BBP 5/2006). Am 1. Juni 2006 überreichte Rainer Naumann vom Energiesparkontor offiziell den Spendenscheck an

den Vorsitzenden der StVV Friedhelm Boginski. »Es ist für die Initiatoren nicht verständlich«, so Rainer Naumann in seiner Ansprache an die Stadtverordneten, »daß an einem Jahresbeitrag von rund 250 Euro die Konsolidierung des städtischen Haushaltes hängen sollte und hoffen mit unserer Spende den Anstoß gegeben zu haben, daß im nächsten Jahr dieser Beitrag wieder in den städtischen Haushalt aufgenommen wird« (BBP 7/2006).

Dann ruhte der See – still. Weil bis zum Jahresende seitens der Verwaltung noch immer keine Information zum Vollzug des Beschlusses zu haben war, fragte der Stadtverordnete Gerd Markmann (Die Linke.PDS) auf Anregung der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim auf der StVV am 25. Januar nach dem Stand der Dinge.

»Mit Schreiben vom 07.06.2006« – also vier Monate nach dem Wiedereintritts-Beschluß der StVV, heißt es in der Antwort der Stadtverwaltung, »beantragte die Stadt Eberswalde beim Vorstand des Klima-Bündnis e. V. den Wiedererwerb der Mitgliedschaft. Die Eingangsbestätigung bei gleichzeitiger Mitteilung, daß der Aufnahmeantrag im Rahmen des nächsten Aufnahmeverfahrens gemäß § 3 Satz 2 der Verbandssatzung dem Vorstand zur Entscheidung vorgelegt wird, erfolgte am 20.06.2006. Gleichzeitig wurden wir gebeten, 'uns noch zu gedulden'. Eine weitere Mitteilung bzw. Rechnungslegung erfolgte bisher nicht.«

Zur Verwendung der 2006 eingegangenen Spenden für das Klima-Bündnis hieß es, daß die Spende als Haushaltsrest ins Jahr 2007 übertragen wurde. Auf die Frage, aus welchem Grund die Mitgliedschaft der Stadt Eberswalde im Klima-Bündnis nicht im Haushaltsplan 2007 berücksichtigt worden ist, lautet die Antwort: »In Erwartung einer weiteren Spende (siehe Beschluß-Nr. 24-326/06) wurde in 2007 keine Ausgabe aus städtischen Mitteln

Bibliotheks-Mietvertrag

Eberswalde (bbp). Die Mietkosten für die Stadtbibliothek machen einen bedeutenden, jährlich steigenden Posten im Kulturhaushalt der Stadt Eberswalde aus. Im Jahr 2007 sind etwa 270.000 Euro dafür vorgesehen. In nur drei Jahren stiegen diese Kosten um mehr als 20.000 Euro. Grund ist ein Mietvertrag mit der Firma Wertkonzept als Betreiber der Rathauspassagen, den noch der 1995 abgewählte Bürgermeister Dr. Hans Mai auf dem Weg gebracht hatte. Ein guter Grund für Wertkonzept, ihm nach der Abwahl den Job des Centermanagers zu sichern.

Die hohe Mietsumme, die zudem regelmäßig dynamisiert wird, und die sittenwidrig erscheinende lange Laufzeit des Mietvertrages lassen der Stadt wenig Spielraum für bitter notwendige Einsparungen. So zumindest die Auskunft, die bisher regelmäßig seitens der Stadtverwaltung zu vernehmen war.

Die Fraktion Grüne/BFB will sich indes nicht damit abfinden. In der Hoffnung, daß der neue Bürgermeister dieser Frage etwas druckvoller nachgeht, wagte die Fraktion auf der StVV am 25. Januar einen erneuten Anlauf. »Wurde der Mietvertrag für die Stadtbibliothek«, heißt es in der Anfrage, »auf Rechtmäßigkeit der Miethöhe bzw. vorzeitige Kündigung extern geprüft? Wenn ja, wer war der Prüfer? Wann wurde geprüft? Zu welchem Ergebnis ist der Prüfer gelangt?«

in der Haushaltsstelle 02500.66100 geplant. Eingehende Spenden für diesen Zweck würden unter 02500.17801 als Einnahme gebucht und als überplanmäßige Ausgabe über 02500.66100 zweckentsprechend ausgegeben.«

Schließlich erkundigte sich der Stadtverordnete nach dem Stand der Umsetzung des im Jahr 2000 beschlossenen Maßnahmenplans für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde. Nach gut einer Woche Bearbeitungszeit hieß die Antwort: »Die Prüfung der Umsetzung des Maßnahmenplanes ist veranlaßt worden.«

Übersicht Bewirtschaftung Tierpark

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	604.960,55	619.310,12
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	593.251,97	749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,71	699.089,39	727.158,55
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,31	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	817.862,49	844.800,52
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,67	619.634,63	565.283,41
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,69	679.967,07	564.690,08
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	633.950,80	898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	501.000,00	803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	561.800,00	792.919,36
2004	260.072	756.696,30	140.091,24	896.787,54	32,13	1.230.942,39	80.164,10	154.934,10	358.805,29	1.824.845,88	687.200,00	928.058,34
2005	268.404	868.057,50	163.180,36	1.031.237,86	30,53	1.159.931,58	76.383,25	159.059,00	314.671,37	1.710.045,20	662.400,00	678.807,34
2006	254.651	904.953,15	119.130,30	1.024.083,45	31,48	1.228.021,70	72.454,66	174.524,45	k.A.	ca. 1.790.000,00	849.300,00	765.916,55

2006 z.T. keine Angaben, weil der Jahresabschluss noch nicht vorliegt. Gesamtausgaben und Ist-Zuschuß sind daher geschätzt. 2006 hatte der Tierpark 26 Voll- und 13 Teilzeitbeschäftigte. Zahl der Personalstellen 2005 u. 2006 zum Stichtag 30.6. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

Personaleinsparung

Eberswalde (bbp). Die Abgabe der weiterführenden Schulen und die Kündigung des öffentlich-rechtlichen Vertrages bezüglich der Aufgaben der Kindertagesbetreuung durch den Landkreis führt in der Stadtverwaltung zu Personalreduzierungen.

Im Fachdienst für Bildung und Jugend erfolgt zum 31.12.2006 eine Einsparung von 1,5 Stellen im Personalbereich (Kernverwaltung). Eine Stelle fiel am 31. Dezember ersatzlos weg, da die Stelleninhaberin in Rente geht. Für die 0,5 Stelle erfolgte eine Umsetzung.

Für die an den Schulen beschäftigten Sekretärinnen und Hausmeister gilt gemäß der abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Betriebsübergang gemäß § 613a BGB. Damit sind sie mit allen bisherigen Rechten und Pflichten seit dem 1.1.2007 beim Landkreis Barnim angestellt.

Durch die einseitige Kündigung des Vertrages zur Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Kindertagesbetreuung durch den Landrat zum 31.12.2006 gehen folgende Aufgaben an den Landkreis Barnim als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe über:

Prüfung des bedingten Rechtsanspruches gemäß § 1 KitaG Bereitstellung und Finanzierung der Tagespflege gemäß § 1 Abs. 4 in Verbindung mit §§ 16 Abs. 4 und 18.

Zahlung der Zuschüsse zu den Kosten für das notwendige pädagogische Personal in Höhe von 84 %.

Alle weiteren Aufgaben wie die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechtes sowie die Betreuung von Kindertageseinrichtungen etc. verbleiben bei der Stadt Eberswalde.

Neues Logo für das KJP

Die Kandidaten des angehenden Kinder- und Jugendparlamentes der Stadt Eberswalde (KJP) haben entschieden, daß das KJP ein neues Logo erhalten soll, um auch damit den Neuanfang des KJP in Eberswalde zu symbolisieren.

Die Ideensammlung erfolgt als Wettbewerb und alle Kinder, Jugendlichen und auch Erwachsenen sind aufgerufen allein, in der Gruppe oder als Klasse einen Vorschlag einzureichen. Vorgaben gibt wenig. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Das Logo kann digital oder auf Papier erfolgen. Schön wäre es, wenn in dem Logo erkennbar wird, daß wir etwas mit Eberswalde zu tun haben. Was dem Gewinner als Preis winkt, wird allerdings noch nicht verraten.

Einsendungen erwartet das KJP bis zum 28. Februar 2007 an das Büro im Bürgerzentrum Brandenburgisches Viertel in der Schorfheidestr. 13 in 16627 Eberswalde (Ansprechpartner: Martin Hoeck, Tel. 0162/7166198, eMail: karatmartin@aol.com).

MARTIN HOECK

Aufgaben der Kinderbetreuung

Vorgehen des Landkreises verstößt gegen das Kita-Gesetz

Eberswalde (bbp). Seit dem 1. Januar 2007 liegen die Aufgaben zur Gewährleistung der Kindertagesbetreuung in den Händen des Landkreises als dem zuständigen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. In der StVV am 30. November hieß es auf eine entsprechende Anfrage, daß die Stadtverordnetenversammlung auf diese Entscheidung keine Einflußmöglichkeiten habe, weil es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung des Landkreises Barnim handele.

Widersprechend zu dieser Aussage heißt es jedoch im Kitagesetz § 12 Abs. 1: »Kreisangehörige Gemeinden und Ämter können sich durch öffentlich-rechtlichen Vertrag verpflichten, in ihrem Gebiet die Aufgabe für den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe durchzuführen ... In dem öffentlich-rechtlichen Vertrag ist die Kostenerstattung zu regeln.«

Demnach ist die Übernahme der Aufgaben der Kindertagesbetreuung eine Entscheidung der Gemeinde, die nicht so ohne weiteres durch einen Verwaltungsakt der Kreisverwaltung aufgehoben werden kann. Wie einem Beitrag in der »Märkischen Oderzeitung« vom 22.12.2006 zu entnehmen war, sehen das mehrere Gemeinden im Landkreis ähnlich. So hat die Gemeinde Panketal inzwischen den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, um die Kitabetreuung weiterhin in ihrer kommunalen Hand zu behalten. Auch die Gemeinde

Wandlitz ist dementsprechend aktiv geworden.

Auf der Sitzung des Ausschusses für Kita und Schule mußte sich die Verwaltung daher mit Nachfragen befassen: »Gibt es nach der Initiative der Gemeinde Panketal seitens der Stadtverwaltung Überlegungen, ebenfalls gegen die Weigerung des Landkreises vorzugehen, einen neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Regelung der Kostenerstattung abzuschließen? Welche Vorteile und welche Nachteile ergeben sich für die Stadt Eberswalde und ihre Bürgerinnen und Bürger aus der Übernahme der Aufgaben zur Gewährleistung der Kindertagesbetreuung durch den Landkreis?«

Die Möglichkeit eines juristischen Vorgehens gegen die Weigerung des Kreises, einen neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag abzuschließen, ließ der 1. Beigeordnete Lutz Landmann wissen, werde derzeit von der Verwaltung geprüft. Da die Kreisverwaltung ihren Sitz in Eberswalde habe, hielten sich die Nachteile für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Grenzen. Allerdings sei eine längere Bearbeitungszeit zu erwarten. Es werde versucht, diesen Nachteil durch eine gute Zusammenarbeit der Behörden möglichst gering zu halten.

Der SPD-Stadtverordnete Jürgen Kumm erklärte, daß er zugleich Kreistagsabgeordneter sei und hinter dem Vorgehen des Landkreises stehe. Er werde einer möglichen Klage der Stadt gegen den Landkreis in keinem Falle zustimmen.

Schwangerschaftsberatung abgeschafft

Eberswalde (bbp). Die Schwangerschaftsberatung der Arbeiterwohlfahrt Eberswalde ist zum Jahresende 2006 eingestellt worden. Karl Dierich fragte in der Einwohnerfragestunde der StVV am 25. Januar nach dem Warum.

Rainer Gruzialewski, SPD-Stadtverordneter und AWO-Geschäftsführer, wies die vorgeworfenen Zusammenhänge zwischen der SPD-Fraktion und der Entscheidung zur Schließung der AWO-Schwangerenberatung zurück. Dies sei eine unternehmerische Entscheidung der AWO gewesen, nachdem das Land die Förderung der Schwangerenberatung gekürzt habe und der AWO einen Eigenanteil von 15 Prozent aufdrücken wollte. Das könne und wolle die AWO nicht verkraften. Die Schuld für die Schließung der Schwangerenberatung liege also eindeutig beim Land. Wichtige Fragen bleiben aber offen, so Karl Dierich gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«.

Wie erfolgt die Betreuung der Schwangeren im Jahr 2007? Was hat die AWO seit Mai 2006, als die Änderung der Förderbedingungen durch das Land bekannt wurde, getan, um die Gefahr für die Betreuung der Schwangeren öffentlich zu machen? Was geschieht mit den Schwangerschaftsberatern? Werden sie ander-



weitig eingesetzt oder stehen sie künftig auf der Straße?

Das Forßmann-Krankenhaus berichtet von ansteigenden Geburtenzahlen im Jahr 2006. Wie soll die größer werdende Zahl an Schwangeren in Eberswalde und im Umland künftig betreut werden?

Alleebaumfällungen vorerst gerichtlich gestoppt!

Die vom Landkreis Barnim geplante Fällung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 wurde vorerst auf Eis gelegt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder folgte damit einem Antrag der GRÜNEN LIGA Brandenburg und dem BUND Brandenburg auf vorbeugenden Rechtsschutz. Für eine naturschutzrechtliche Befreiung, heißt es in der Begründung, ist das Landesumweltamt (LUA) zuständig. Eine solche Befreiung liegt jedoch nicht vor. Der Landkreis Barnim hätte also nicht über die Fällung der Allee entscheiden dürfen.

Laut Bundesnaturschutzgesetz sind ganzjährig genutzte Nisthöhlen in Alleebäumen besonders geschützt. Dies trifft auch auf die Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 zu, wo einige höhlenbrütende Vogelarten leben. Darüber hinaus kartierten renommierte Flechtenforscher an den Bäumen jüngst über ein halbes Dutzend geschützter Flechtenarten, darunter sogar eine Bartflechte. Diese neuen Kartierungsergebnisse liegen nun dem LUA vor. Auch aus diesem Grund sollte die Zuständigkeit über das Schicksal der Allee beim LUA liegen. Denn über das Bundesnaturschutzgesetz (Artenschutz) hat die Untere Naturschutzbehörde zum Glück (UNB) nicht zu befinden.

Wenige Tage nach dem gerichtlich verfügten Stop der geplanten Alleenrodung legte die Barnimer Kreisverwaltung vor dem Obergericht Beschwerde ein. Gleichzeitig prüfte sie, ob sie einen neuen Fällungsantrag beim LUA stellen muß. Nach Gutsherrenart schlug Vize-Landrat Carsten Bockhardt sämtliche Kompromißvorschläge aus, nahm an einer sachbezogenen Podiumsdiskussion in Rüdnitz nicht teil und diffamierte stattdessen die vom renommierten Verkehrsplaner Dr. Ditmar Hunger vorgeschlagene Ausbauvariante als »Stand der 50er Jahre«. Der CDU-Mann sollte sich lieber an die eigene Nase fassen und eingestehen,

daß sein ökologisches Verständnis im Zuge des Klimawandels alles andere als modern und zeitgemäß ist.

Die Allee betreffend gab es vor zwei Wochen eine Antwort des Brandenburgischen Umweltministers Woidke auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Jens Klocksinn (SPD). An der Antwort auf die Frage nach Baukosten und Fördermitteln fiel auf, daß die Zahlen des Ministers deutlich von denen abweichen, die die Kreisverwaltung in der Vergangenheit nannte. Insbesondere ist von nur 57.490 Euro für Baumneupflanzungen zwischen der Landesstraße 29 und Danewitz die Rede, für den Abschnitt Rüdnitz-Danewitz sind hierfür sogar keine Kosten ausgewiesen. Vielleicht erklärt sich nun, weshalb man angeblich auch keine Flächen für die geplante breitere Straße zukaufen muß: Keine Bäume brauchen natürlich auch keinen Platz und kein Geld!

Eine parlamentarische Anfrage zu der Allee wurde inzwischen auch im Europäischen Parlament gestellt. Die grüne Europaabgeordnete Elisabeth Schroeder fordert die EU-Kommission auf, zu überprüfen, ob die EU-Fördergelder im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für den umstrittenen Ausbau der Kreisstraße 6005 rechtmäßig verwendet werden. Zitat Schroeder: »Der Einsatz von EU-Fördergeldern für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (INTERREG III A Mittel) unterliegt strengen Auflagen. Ich bin verwundert, daß die Landesregierung eine grenzferne Ortsverbindung im Kreis Barnim mit diesen Mitteln fördern will. Es ist meine Aufgabe als Europaabgeordnete die Kommission auf Projekte aufmerksam zu machen, bei denen zweifelhaft ist, ob die Verwendung von europäischen Steuergeldern nach der zugrunde liegenden Verordnung erfolgt. In dem Planungsdokument der Grenzregionen sind die INTERREG Mittel für Verkehrsinfrastruktur ausschließlich für

die Modernisierung von Zubringerstraßen zu den Grenzübergängen oder für die Modernisierung von Straßen, die für die Erschließung der Grenzregion bedeutsam sind, bestimmt.«

In der parlamentarischen Anfrage an die EU-Kommission stellte sie konkrete Fragen:

1. Wie beurteilt die Kommission den Einsatz von INTERREG III A-Mitteln für die o.g. Maßnahme, deren grenzüberschreitender Charakter weder erwährt wird, noch nachgewiesen werden kann?

2. Wird die Kommission im Fall, daß das Land Brandenburg den grenzüberschreitenden Charakter dieser Straßenverbindung nicht nachweisen kann, die bewilligten EFRE-Mittel zurückfordern?

3. Wie beurteilt die Kommission die Intervention von Strukturfonds, die das regionale Naturschutzrecht verletzt, im Bezug auf die Einhaltung von Artikel 41, (2)b der EG-Verordnung 1260/1999?

Nach dem Zuständigkeits-Hick-Hack, der fragwürdigen Fördermittelzuweisung und etlicher anderer Ungereimtheiten muß noch mehr Licht in die Alleenproblematik gebracht werden. Unabhängig davon, ob wir die alten, erhaltenswerten Straßenbäume retten können oder nicht: Wenn hier etwas unrechtmäßig gelaufen sein sollte, müssen die Verantwortlichen, ohne Rücksicht auf Rang und Namen, als auch ihre Komparsen, zur Rechenschaft gezogen werden. Wenngleich der Druck des politischen Establishments auf meine Person wächst, werde ich in der Sache nicht nachgeben!*

Dr. ANDREAS STEINER (SPD-Finow, Sachkundiger Einwohner im A5 des Kreistages Barnim, Grüne Liga Brandenburg, Initiative zur Rettung der Allee Rüdnitz-Danewitz-L29)

* Wie Recherchen der »Barnimer Bürgerpost« ergaben, wurde Dr. Steiner inzwischen vor den Vorstand der Kreistagsfraktion zitiert. Mitglieder der Fraktion hätten sein Agieren im Zusammenhang mit der Allee an der K6005 kritisiert und forderten seine Abberufung als Sachkundiger Einwohner aus dem Umweltausschuß des Kreistages.

20.000 Euro Bußgeld für jeden gefällten Baum

Geschützte Flechten an den Alleebäumen wurden gar nicht erst untersucht

Rüdnitz (bbp). Die Fällung der Allee Rüdnitz-Danewitz ist per Gerichtsbeschuß ausgesetzt worden. Dabei geht es um eine fehlende artenschutzrechtliche Befreiung hinsichtlich in der Allee nistender geschützter Vogelarten. Das der Fällgenehmigung zugrundeliegende Gutachten hatte dies schlicht nicht berücksichtigt und die untere Naturschutzbehörde (UNB) ließ dies durchgehen. Aber das Gutachten weist weitere Mängel auf, die die UNB nicht erkannte. Der Flechtenspezialist Dr. Volker Otte schreibt dazu: »Das Bundesverkehrsministerium betont in seinem Forschungsbericht zu Umweltverträglichkeitsuntersuchungen bei Straßenbaumaßnahmen (WIRTH 1995) die besondere Notwendigkeit einer auf Flechten fokussierenden Untersuchung in Fällen, wo Spitzahorn-Alleen von den Baumaßnahmen betroffen sind. Es

muß als Verstoß gegen Sorgfaltspflicht und gute fachliche Praxis gewertet werden, daß eine solche Untersuchung im Falle der Allee bei Rüdnitz/Danewitz bisher versäumt, die Fällung aber bereits ausgeschrieben wurde.«

Bei einer stichprobenartigen Erhebung in der Allee am 20. Januar wurden von Dr. Otte und Stefan Rätzel neben zahlreichen weiteren Flechten allein sieben (!) dem gesetzlichen Schutz durch die Bundesartenschutzverordnung unterliegende Flechtenarten festgestellt. Hierunter befinden sich Arten der Roten Listen Deutschlands und Brandenburgs wie z. B. die Bartflechte *Usnea hirta* und die Blattflechte *Parmelia caperata*.

»Die Unverzichtbarkeit der Erstellung eines auf Flechten fokussierenden Gutachtens vor einer Entscheidung über die eventuelle Fällung von Bäu-

men«, so Dr. Otte, »ist damit zweifelsfrei erwiesen. Die Erteilung einer Fällgenehmigung setzt eine artenschutzrechtliche Befreiung durch die Obere Naturschutzbehörde (Landesumweltamt Brandenburg) voraus.«

Eine solche Befreiung kann nur erteilt werden, wenn im Ergebnis der Abwägung das Interesse an der Fällung der Bäume gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen Interesse an der Erhaltung der geschützten Flechten überwiegt und wenn nachgewiesen wurde, daß der durch die Fällung angestrebte Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann. Fällungen, die vor dem Vorliegen der artenschutzrechtlichen Befreiung vorgenommen würden, wären nach Bundesnaturschutzgesetz ordnungswidrig und könnten in jedem einzelnen Falle mit bis zu

Rechtssicherheit verlangt

Eberswalde (cz). Auf der Sitzung des Barnimer Kreis Ausschusses am 5. Februar wurde bekannt gegeben, daß die Investitions- und Landesbank Brandenburg (ILB) ihren Bescheid zur Förderung des Ausbaus der Kreisstraße K6005 Rüd-nitz-Danewitz-L29 aufgehoben hat. Zugleich ist ein neuer Bescheid erteilt worden, mit der Auflage, bis zum 30.03.2007 Rechtssicherheit herzustellen. Andernfalls würden die Förder-gelder verfallen. Gelingt es dem Landkreis, die Rechtssicherheit bis zum geforderten Termin herzustellen, gelten die Bescheide der Unteren Naturschutzbehörde bzw. des Landesumwelt-amtes. Die Fördergelder stehen dann bis zum 31.12.2007 zur Verfügung.

Wohnungs-Altschulden

Schlußstrich gefordert

Ostdeutsche Wohnungsunternehmen sollen endlich generell von ihren Altschulden befreit werden. Dies fordert die Fraktion DIE LINKE. in einem Antrag (BT-Drucksache 16/2078), den sie im Januar in den Bundestag einbrachte.

Bislang können Ost-Wohnungsunterneh-men Hilfe bei den Altschulden nur beantra-gen, wenn ihr Wohnungsleerstand mehr als 15 Prozent beträgt. Bei dieser Leerstandsquote be-finden sich die Unternehmen regelmäßig be-reits in einer existenzbedrohenden Lage.

Es ist unsinnig, daß ein Unternehmen erst dann Hilfen bekommen kann, wenn es eigent-lich zu spät ist. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt, daß die Altschulden die ost-deutschen Wohnungsunternehmen nicht völ-lig erdrücken. Es ist nun an der Zeit, einen Schlußstrich unter dieses Kapitel zu ziehen, zu-mal die Altschulden bekanntermaßen auf einer politischen Willkürentscheidung zu Wendezei-ten beruhen.

Die Fraktion DIE LINKE. fordert die Bun-desregierung deswegen auf, endlich eine gene-relle Lösung für eine schnelle Befreiung von den Altschulden vorzunehmen. Dies würde auch finanzielle Mittel für den Stadumbau Ost freimachen und diesem einen neuen Schub geben.

Belastbare Berechnungen, wie hoch die Alt-schulden der ostdeutschen Wohnungsunter-nehmen aktuell sind, liegen derzeit weder bei der Bundesregierung noch bei den zuständigen Verbänden vor. Unmittelbar nach der deut-schen Einheit hatten diese bei 36 Milliarden DM gelegen und waren allein durch die Zinsen Ende 1993 auf 59 Milliarden DM gestiegen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

Spendenkonto für eine gesunde Umwelt

Bankverbindung: Verwahrkonto der Gemeinde Schorfheide, Sparkasse Barnim
Konto-Nr. 2 906 000 003, BLZ 170 520 00
Verwendungszweck: Bürgerinitiative für eine gesunde Umwelt – Schorfheide e.V.

Die BI im Internet: www.mva-eberswalde.de

Alleefällung auch in Sommerfelde

Eberswalde (bbp). Nach Hinweisen von Ebers-walder Bürgern, wonach im Eberswalder Orts-teil Sommerfelde die Fällung von 28 Linden der Allee an der B167 im Gange sei, erbat der Stadtverordnete Gerd Markmann (Die Linke.PDS) zur Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 30. Januar Auf-klä rung durch den Eberswalder Baudezernen-ten Dr. Gunther Prüger: »Wer hat die (halbsei-tige) Fällung dieser Allee veranlaßt? Welche Be-gründungen werden für die Fällung dieser Allee vorgebracht? Liegt ein Allee- bzw. Baumgutachten vor? Wenn ja, von wem ist dieses Gutachten ver-faßt worden? Sind Stadtverwaltung und Ortsbeirat in den Entscheidungsprozeß einbezogen worden? Wenn ja, wie? Wer hat die Genehmigung für die Fällung dieser Allee erteilt? Welche Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen sind vorgesehen? Wo sind diese Ersatzmaßnahmen vorgesehen?«

Es sei davon auszugehen, daß es sich bei der Fällaktion um einen nachhaltigen Eingriff in eine geschützte Allee und in das Landschafts- und Ortsbild handele. Nach den gemachten Hinweisen seien die Bäume gesund und vital gewesen. Auch den jüngsten Sturm hatten die Sommerfelder Linden ohne größere Schäden überstanden.

Der Baudezernent wußte mit dem Sachver-halt zunächst nichts anzufangen, versprach aber eine schriftliche Antwort. Allerdings mel-dete sich jemand aus dem Publikum und er-klärte, daß die Fällmaßnahmen durch das

Straßenbauamt veranlaßt wären. Grundlage sei ein Gutachten, das den Bäumen bereits vor drei Jahren mangelnde Verkehrssicherheit be-scheinigt habe. Außerdem würden Ersatzpflan-zungen vorgenommen werden.

Diese Aussagen konnte der Ausschußvorsit-zende Christian Trill in der Wochenzeitung »Blitz« ergänzen. Dr. Prüger habe auf Nachfra-ge erklärt, daß das Gutachten von 2005 an den Bäumen Aushöhlungen und starken Pilzbefall festgestellt habe, »so daß aus Verkehrssiche-rungsgründen die Fällungen geboten waren«. Als Ersatzmaßnahmen sollen 97 Bäume im Ortsteil Sommerfelde geplant werden, nicht nur an der Ortsdurchfahrt, sondern auch an anderen Stellen. Alle Behörden, auch der Sommerfel-der Ortsbeirat, seien in einem umfangreichen Beteiligungsverfahren einbezogen worden.

Nicht einbezogen wurden die Stadtverord-neten. Für sie gab es weder im zuständigen Ausschuß noch in der StVV über die Planun-gen zur Fällung der Allee und den Inhalt des Gutachtens eine Information. Wie Recherchen ergaben, ist die Stadtverwaltung über den Be-ginn der Fällarbeiten vom Straßenbauamt nicht informiert worden.

Inzwischen bestätigte ein externer Fach-mann gegenüber der »Barnimer Bürgerpost«, daß einige der Linden von einer beginnenden Kernverpilzung betroffen waren. Dies treffe aber nicht für alle Bäume zu. Und auch für die verpilzten Bäume wäre eine Mindestrestle-benszeit von 20 Jahren drin gewesen. Die Aussa-gen zur eingeschränkten Verkehrssicherheit seien hingegen »eine glatte Lüge. Ein Totschlagargument, was immer verwendet wird. Die Bäume waren standfest, aus-reichend vital und bruchsi-cher. Jeder seriöse Gutachter hätte so geurteilt. Ganz da-von abgesehen, daß man die Verkehrssicherheit nicht über in Augenscheinahme beur-teilen kann. Das ist eine un-zureichende Methodik.«



Wie wird man ein guter Kommunalpolitiker?

Das kommunalpolitische forum Land Bran-denburg bietet allen interessierten Bürgerin-nen und Bürgern eine Weiterbildung an, die sie mit dem Handwerkszeug eines Kommunalpoli-tikers vertraut macht. Die angebotene Quali-fikation reicht von der Vermittlung von Kennt-nissen über die Grundlagen der Kommunalver-fassung bis hin zur Befähigung zur Gestaltun-g kommunaler Satzungen und zum Lesen kom-munaler Haushaltspläne.

Die nächste Qualifikation beginnt im Juni 2007. Anmeldungen werden ab sofort in der Geschäftsstelle des kommunalpolitischen fo-

rum in Bernau unter info@kf-land-brandenburg.de oder 03338/459293 entgegengenom-men.

Das Kommunalpolitische Forum Land Bran-denburg e. V. ist ein gemeinnütziger Verein mit den Zweck der Förderung einer politischen Bil-dung, die den sozialen und kulturellen Belan-gen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet ist und die die demokratische Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Lösung öffent-licher Angelegenheiten in den Kommunen und Landkreisen für unverzichtbar betrachtet.

MARGITTA MÄCHTIG, kf-Vorsitzende

Müllverbrennungsanlage:

Endspurt für Einwendungen

Die Energetische Verwertungsanlage (EVA), die die Fa. Theo Steil an der Angermünder Straße bauen will, ist auf breiten Protest der Bürger gestoßen. Am 24. Januar sind 13.884 Unterschriften gegen die Sondermüllverbrennungsanlage an Minister Woidke übergeben worden. Viele Bürger äußerten sich auch auf den verschiedenen Informationsveranstaltungen und in der Presse und machten ihrem Unmut über die Steil-Anlage Luft. Die Bürger treibt die berechtigte Sorge um, daß eine Müllverbrennungsanlage im Stadtgebiet unkalkulierbare Risiken für Leben und Gesundheit mit sich bringt.

Der Wechsel im Bürgermeisteramt hat auch eine neue Herangehensweise der Verwaltung an das Problem der Müllverbrennung bewirkt, die den Sorgen der Bürger Rechnung trägt. In großer Einmütigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung die Antragsunterlagen der Fa. Steil als nicht genehmigungsfähig eingestuft und das gemeindliche Einvernehmen versagt. Zugleich hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß bis zur Aufstellung eines Bebauungsplanes keine baulichen Veränderungen in diesem Gebiet vorgenommen werden dürfen. Bei den Bürgern entstand dadurch der Eindruck, als wäre der Antrag von Steil bereits abgelehnt. Dem ist aber nicht so. Nicht die Stadt, sondern das Landesumweltamt als Genehmigungsverfahrensstelle trifft die Entscheidung über den Antrag.

Ferner ist zu beachten, daß die Stadt stets nur gesamtstädtische Belange wahrnimmt. Die von der Anlage persönlich Betroffenen müssen ihre individuellen Rechte selbst wahrnehmen. Wer also seine verfassungsmäßigen Rechte auf Gesundheit und Unversehrtheit (Artikel 2), seine Lebensqualität und sein Eigentum ge-

fährdet sieht, muß gegen die Energetische Verwertungsanlage selbst Einwendungen erheben. Die schriftliche Einwendung wird von der Genehmigungsbehörde in die Entscheidungsfindung einbezogen. Wer Einwände erhoben hat, wird zum Erörterungstermin am 27.3. bis 29.3.07 ins Haus Schwärzetal eingeladen und hat die Möglichkeit, an der Erörterung teilzunehmen und gegebenenfalls seine Argumente gegen die Anlage darzulegen und zu vertiefen.

Erst nach dem Erörterungstermin entscheidet die Genehmigungsbehörde über den Antrag. Wird dem Antragsteller Theo Steil GmbH möglicherweise doch eine Genehmigung erteilt, so haben diejenigen, die Einwendungen dagegen erhoben haben (und nur diese) das Recht, Klage zu erheben. Die Einwendungen haben also eine wichtige Funktion zur Sicherung der Rechte der Bürger. Darüber hinaus zeigen viele Einwendungen natürlich auch noch einmal die Breite des Protestes gegen die Sondermüllverbrennungsanlage.

Einwendungen gegen die Anlage müssen bis zum 16.02.07 bei der Genehmigungsverfahrensstelle des Landesumweltamtes Frankfurt (Oder) (Müllroser Chaussee, 15236 Frankfurt (Oder)) eingegangen sein. Wer diesen Termin versäumt, kann später keine Ansprüche mehr geltend machen. Die Einreichung von Einwendungen ist auch bei den Bauämtern Eberswalde und Schorfheide möglich.

Also, Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde und des Umlandes, auf zum Endspurt zum ersten Etappenziel: Reicht Eure Einwendungen gegen die beantragte Energetische Verwertungsanlage der Fa. Theo Steil GmbH ein oder unterschreibt die schon zahlreich im Umlauf befindlichen Sammeleinwendungen.

BI Für eine gesunde Umwelt - Schorfheide e.V.

Eine Antwort für zwei Nichtbetroffene

Nach Frau Bierwirth (SPD und Vorsitzende des Umweltausschusses im Bundestag) hat sich in der Tagespresse nun auch eine Befürworterin der Sonder-MVA aus Marienwerder zu Wort gemeldet. Beiden Autorinnen ist gemeinsam, daß sie nicht zu den betroffenen Eberswaldern gehören, da sie weit genug weg von der Gefahrenquelle wohnen. Wie sagt doch schon Friedrich Schiller: »Vom sichern Port läßt sich gemächlich raten«. Aber beide haben noch mehr Gemeinsamkeiten. Sie haben sich offensichtlich über die Anlage nicht informiert, sonst wäre eine Gleichsetzung mit einer gewöhnlichen, den Hausmüll verbrennenden Anlage nicht erfolgt. Auch haben beide offenbar nicht begriffen, daß es vor allem um den falschen Standort im Nordwesten von Eberswalde geht. Die Ausbreitung von belastetem Feinstaub über die Stadt, Teile des Umlandes und das Finowtal bedeutet die Gefahr einer

Gesundheitsschädigung der Bevölkerung, einmal unmittelbar und zum anderen über den Kreislauf der Tierhaltung und der Nahrungsmittelproduktion (z.B. Backwarenherstellung im Emmissionsgebiet). Darüber hinaus bedeutet es auch die Vernichtung landwirtschaftlicher und kleingärtnerischer Bioproduktion.

Auch das Argument neuer Arbeitsplätze zieht nicht. Erstens sind es nur 10, zweitens geht es vorrangig um Spezialistenarbeitsplätze, die dann aus der Region nicht gestellt werden können, und drittens wird die Errichtung der Anlage mehr Arbeitsplätze vernichten als sie neue schafft. Die Bäckerei »Märkisch Edel« hat schon mal Produktions- und Arbeitsplätzeverlagerung (über 100) prognostiziert.

Beiden Autorinnen wird dringend umfassende Information empfohlen.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG, Vorsitzender der Fraktion AfW in der StVv Eberswalde

Keine Verhinderungspolitik

Eberswalde (bbp). Gleich fünf Beschlußvorlagen auf der StVV-Sitzung am 25. Januar dem Vorhaben der Firma Theo Steil GmbH, am Oder-Havel-Kanal eine Müllverbrennungsanlage zu errichten. Bürgermeister Friedhelm Boginski machte klar, daß es nicht um Verhinderungspolitik gehe. Es müsse aber sicher sein, daß das gesetzliche Verfahren eingehalten und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben. Das bedeutet, alle Einwände zu berücksichtigen und eine eventuelle Anlage nach bestem Stand der Technik und mit den geringstmöglichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu errichten. Mit den fünf Beschlußvorlagen, so meinte der Bürgermeister vorab, könnten diese Ziele erreicht werden.

Zunächst holte die StVV bisher versäumte Hausaufgaben nach. Dazu gehörte die längst überfällige Aufhebung des Bebauungsplans »Waldeslust« aus dem Jahr 2000. Der neue Bebauungsplan »Westlich der Lichterfelder Wasseratorbrücke« schließt nunmehr auch das Gelände der Theo Steil GmbH, der benachbarten Asphaltwerke, des Märka-Hafens und des Bäckereibetriebes Märkisch-Edel ein. Dieses Gebiet befindet sich in einem städtebaulich »ungeordneten Zustand«, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung. Zudem würden die Planungen zur Umgehungsstraße B167neu zu »einem erhöhten Ansiedlungs- und Entwicklungsdruck sowie einer damit verbundenen Erhöhung der bodenrechtlichen Spannungen« führen. Es bestehe die planerische Absicht, »das gesamte Bebauungsplangebiet zur Bewältigung bodenrechtlicher Spannungen zu gliedern und, soweit erforderlich, bestimmte Arten von Nutzungen auszuschließen«. Um das zu gewährleisten wurde in einem weiteren Beschluß eine Veränderungssperre verhängt. Ob die Veränderungssperre auch für den bereits eingereichten Antrag zur Errichtung einer Müllverbrennungsanlage gilt, ist strittig.

Die vor der Abstimmung an die Stadtverordneten versandten Drohungen des Steil-Geschäftsführers Klaus Gondert, mit Schadenersatzklagen gegen die Stadtverordneten vorzugehen, waren kaum geeignet, Sympathie zu erlangen. Das Gegenteil war der Fall. Von den Mängeln der zur Abstimmung stehenden »Stellungnahme der Stadt Eberswalde zum Vorhaben 'Energetische Verwertungsanlage der Firma Theo Steil GmbH'« wollten daher die meisten Stadtverordneten nichts wissen. Der Änderungsvorschlag, auch auf die völlig ungenügende Umweltverträglichkeitsuntersuchung hinzuweisen, wurde ohne Diskussion einstimmig abgenickt.

Schließlich stand die »Versagung des gemeindlichen Einvernehmens« auf der Tagesordnung. Angesichts der äußerst mangelhaften Qualität der von der Fa. Steil eingereichten Antragsunterlagen konnte eine Einvernehmensklärung nicht erwartet werden. Daran ändert auch nichts, daß die in der Sachverhaltsdarstellung angeführten Gründe kaum überzeugen. Letztlich fanden alle fünf Beschlußvorlagen das einstimmige Votum der Stadtverordneten.

Gesundheitsgefährdung für Kinder und Jugendliche

Auch das zukünftige Kinder- und Jugendparlament der Stadt Eberswalde (KJP) hat sich auf seiner jüngsten Sitzung gegen die geplante Energetische Verwertungsanlage (EVA) der Firma Steil ausgesprochen. Die Kandidaten befürchten trotz der geplanten Filtertechnik einen erhöhten Anteil an Feinstaub und Schadstoffen in der Luft. Vor allem fehlt den Jugendlichen ausreichende Vorsorge im Falle einer Störung.

Sie befürchten eine gesundheitliche Gefährdung für die Anwohner in Lichterfelde, Finow, in der Clara-Zetkin-Siedlung und im Brandenburgischen Viertel, insbesondere der dort lebenden Kinder und Jugendlichen. Immerhin wohnen in den betroffenen Stadtteilen Eberswaldes 4297 Kinder und Jugendliche (Stand: 2005), was nicht weniger als rund 43,3% aller unter 25-jährigen Einwohner Eberswaldes ausmacht. »Der Schutz unserer Kinder muß uns höchste Verpflichtung sein«, erklärt Martin Hoeck. »Dazu kommen jedoch noch alle Schüler und Kinder, die eine Schule oder Kita im Umkreis der EVA besuchen, sowie die Jugendlichen, die in Lichterfelde zu Hause sind.«, stellt Aileen Schlemmer weiter fest.

Daher rufen die Kandidaten des angehenden Kinder- und Jugendparlamentes alle Eberswalder Bürgerinnen und Bürger im Namen der hier lebenden Kinder und Jugendlichen dazu auf, bis zum 16. Februar 2007 entsprechende Einwendungen gegen den Bau einer solchen Verbrennungsanlage einzureichen. Informationen dazu gibt es bei in der Geschäftsstelle der Bündnis-Grünen (Brautstr. 34) oder im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 35 im Brandenburgisches Viertel).

Initiative Kinder- und Jugendparlament Ebw.

Kleiner Untersuchungsraum für Dreckschleuder legitim?

Wie aus einer Antwort der Landesregierung (Landtagsdrucksache 4/4018) hervorgeht, findet die Landesregierung einen Untersuchungsraum von nur 2,5 km für die Dreckschleuder der Firma Theo Steil GmbH für angemessen. Das steht im krassen Gegensatz zur Positionierung der Eberswalder Stadtverordneten, die doppelt so viel gefordert hatten (Beschluß-Nr. 32-430/06). Die zärtlich »EVA« genannte Sondermüllverbrennungsanlage kann somit völlig

»unbeobachtet« nach 2.501 Metern ihren Dreck auf die Eberswalderinnen und Eberswalder herunterregnen lassen...

Bisher sind für das Vorhaben der in Westdeutschland ansässigen Firma noch keine Fördermittel beim Land beantragt, das wäre aber wohl im Programm »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« möglich. Was daran allerdings eine »Verbesserung« für die Eberswalder Wirtschaft sein soll, bleibt wohl offen. Vielleicht sollte man mal die Bäckerei Märkisch Edel fragen, wie sich für die die Situation durch den drohenden Neubau der Steilschen Stinkeranlage »verbessert«.

Übrigens gibt es noch weitere Anlagen im Land Brandenburg. Fünf Sondermüllverbrennungsanlagen und drei zur energetischen Verwertung. Wie es dort mit dem Feinstaub aussieht, weiß die Landesregierung nicht genau. »Untersuchungen zur Feststellung der Feinstaubbelastung durch Müllverbrennungsanlagen liegen im Land Brandenburg nicht vor«. Schon interessant, daß es bereits so viele Anlagen gibt, aber nicht untersucht wird, wie sich diese auf die Gesundheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger auswirkt.

CHRISTIAN REHMER,

AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim

Theo Steil: Die beste verfügbare Technik

Seit Bestehen der Abfallwirtschaft prägen die Schlagworte »Vermeiden, Verwerten und Beseitigen« maßgeblich die Recyclingbranche. Bei jedem Recycling fallen zwangsläufig Stoffe an, die keiner weiteren stofflichen Verwertung zugeführt werden können. Diese müssen daher energetisch verwertet werden; eine einfache Beseitigung ist umweltpolitisch und abfallrechtlich unerwünscht und ausgeschlossen. Aus diesem Grund plant die Fa. Theo Steil ein Kraftwerk für Ersatzbrennstoffe (EBS) in Eberswalde. Aufgrund der teilweise falsch dargestellten Sachverhalte werden im Folgenden einzelne Aussagen richtig gestellt.

Die Anlage wird nach dem Standard der »Besten verfügbaren Technik« (BVT) gemäß den aktuellen EU-Vorgaben errichtet. Alle technischen Innovationen der letzten Jahre sind in dieses Regelwerk eingearbeitet worden. Daher ist die Verbrennungsanlage das Ergebnis der technischen Weiterentwicklungen auf dem aktuellsten Stand in der EU. Gerade im Bereich der Feuerung und Rauchgasreinigung werden Techniken eingesetzt, die Ausbrand, Abscheidegrad und Zuverlässigkeit betreffend, nicht mit den bestehenden Anlagen zu vergleichen sind. Es werden alle gesetzlich geforderten Grenzwerte sicher eingehalten. Dies unterstreicht die Veröffentlichung des Bundesministerium für Umwelt (BMU): »Müllverbrennung – ein Gefahrenherd? Abschied von der Dioxinschleuder« vom Juli 2005.

Weiterhin wird publiziert, daß Shredderleichtfraktion generell als gefährlicher Abfall (Sonderabfall) eingestuft wird. Die Shredder-

leichtfraktion der Fa. Theo Steil ist aufgrund ihrer Inhaltsstoffe nicht als gefährlicher Abfall eingestuft. Die Behauptung, daß keine wissenschaftlichen Daten über Verbrennung bzw. Mitverbrennung von Shredderleichtfraktion vorliegen, ist falsch. In der Vergangenheit sind vielfach unter wissenschaftlicher Begleitung Verbrennungsversuche mit Shredderleichtfraktion als Monofraktion oder in Verbindung mit Hausmüll durchgeführt worden. Alle Versuche zeigten, daß hierdurch keine höheren Schadstoffkonzentrationen im Abgas der Anlage durch den Einsatz von Shredderleichtfraktion hervorgerufen werden. Dabei ist zu bemerken, daß der technische Standard dieser Anlagen aufgrund der älteren Baujahre nicht mit den heutigen vergleichbar ist. Ein umfangreicher Versuch der Fa. Theo Steil unter wissenschaftlicher Begleitung des Fraunhofer Umsicht sowie des Lehrstuhls für Umweltverfahrenstechnik und Anlagentechnik der Universität Essen, bei dem nur Shredderleichtfraktion zum Einsatz kam, bestätigte diese Aussagen.

Die Aussage, daß kein Meßgerät für die Ermittlung des Feinstaubes existiert, ist unrichtig, da bei der kontinuierlichen Messung des Gesamtstaubs der Verbrennungsanlage auch der Feinstaub mit berücksichtigt wird. Der Immissionsbeitrag der Anlage, z.B. Feinstaub betreffend, ist im Vergleich mit den Messungen der Feinstaubbelastung in der Stadt Eberswalde an der Breiten Straße aus dem Jahr 2004 um ein mindestens 1000faches geringer. Im Nahbereich der Anlage werden keine nachweisbaren Belastungen auftreten. Insgesamt hat die Um-

weltverträglichkeitsuntersuchung ergeben, daß die Anlage auch unter ungünstigsten Bedingungen keinen relevanten Immissionsbeitrag zur derzeitigen Immissionsbelastung liefert.

Der von der Verbrennungsanlage ausgehende Lärm unterschreitet die festgelegten Grenzwerte zu jeder Zeit. Eine Mehrbelastung entsteht hierdurch nicht. Bezüglich der Darstellung der Verkehrsmehrbelastung wird entgegengehalten, daß sich das Aufkommen um maximal 4 Transportvorgänge pro Tag erhöhen wird. Mit dem Bau der Umgehungsstraße wird die Verkehrsbelastung sogar reduziert.

Alle angeführten Argumente zeigen, daß Verbrennungsanlagen aufgrund ihres hohen technischen Standards an dem vorgesehenen Standort ohne weiteres errichtet werden können. Positive Beispiele gibt es hierfür in Stavenhagen (Dampf und Elektrizität für das angrenzende Unileverwerk, Pfanni), Bonn, Ludwigshafen, Hamburg, Oberhausen, Herten, Wuppertal, Essen, Andernach, Neuwied, etc.

Es zeigt sich, daß von der Verbrennungsanlage eine Mehrbelastung und Gefährdung der Bürger nicht ausgeht. Die Errichtung der Anlage ist eine Grundvoraussetzung für die Sicherung und den Fortbestand der gegenwärtigen 170 Arbeitsplätze unseres Unternehmens in der Region. Infolgedessen, ist es für die Mitarbeiter und Geschäftsführung der Theo Steil GmbH unverständlich, daß trotz den vorstehend genannten Ausführungen mit falschen Behauptungen und Panikmache versucht wird, den Bau der Anlage zu verhindern.

Presseerklärung der Theo Steil GmbH

Zynische Demontage

Anhörung der Linksfraktion zur Rente mit 67

Eine »konzeptionslose Demontage des Rentensystems« sei das – Prof. Winfried Schmähl von der Uni Bremen fand deutliche Worte zur von der Koalition geplanten Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Mit dieser Wertung fand er viel Zustimmung auf der öffentlichen Anhörung der Linksfraktion im Bundestag Ende Januar. Einig waren sich die Expertinnen und Experten von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Wissenschaft, daß die Rente mit 67 in der Konsequenz einer Rentenkürzung gleichkommt. Auch sind die geplanten Maßnahmen ungeeignet, die finanziellen Probleme der Rentenversicherung zukunftsfähig zu lösen.

Klaus Wiese, Vorsitzender der IG BAU, stellte große Übereinstimmung zwischen dem Rentenkonzept seiner Gewerkschaft und dem der Linken fest. Er informierte über die gegenwärtig in den Betrieben stattfindenden Proteste. Gerade im Baugewerbe liegt der Anteil derer, die erst mit 65 Jahren in die Rente geht, bei gerade einmal 5 Prozent. Dachdecker haben sogar nur eine durchschnittliche Lebenserwartung von 63 Jahren. Da klingt Rente mit 67 reichlich makaber.

Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, machte seinerseits darauf aufmerksam, daß heute schon 40 Prozent der Neurentner spürbare Abschläge in Kauf zu nehmen haben. Die Rente mit 67 würde diese Entwicklung nur verstärken – steigende Al-

tersarmut wäre programmiert. Den Bedingungen physisch und psychisch besonders belasteter Beschäftigter trägt schon das derzeitige Rentensystem immer weniger Rechnung. Angesichts der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Situation hält Hans-Jürgen Urban von der Grundsatzabteilung der IG Metall das Vorhaben Rente mit 67 denn auch für blanken Zynismus. Ziel der »Reform« sei vor allem, die Privatisierung der Sozialsysteme voranzutreiben.

Urban verwies darüber hinaus auf die damit wachsende Jugendarbeitslosigkeit, weil ältere Beschäftigte gezwungenermaßen ihre Arbeitsplätze weiter besetzen müssen. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt würde sich so zu Lasten von Jungen und Frauen verschärfen. Auch Wiese, der Generationen gegeneinander auszuspielen.

Übereinstimmend benannten die Experten nicht demografische Faktoren, sondern die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die Zunahme prekärer Beschäftigung als grundlegende Ursachen für die Finanzprobleme der Rentenversicherung. Ziel müsse deshalb sein, die finanzielle Basis zu verbreitern durch Einbeziehung aller Beschäftigten sowie mit Hilfe einer vernünftigen Kombination von Beiträgen und Steuern. Es gilt, das Rentensystem insgesamt auf Grundlage einer solidarischen Bürgerversicherung weiter zu entwickeln.

Dr. DAGMAR ENKELMANN, MdB

Behinderte und chronisch Kranke betroffen

Die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent führte zu einer weiteren starken Belastung von Versicherten und Patienten. Besonders betroffen sind ältere Menschen mit geringem Einkommen, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderungen. Der Sozialverband VdK Deutschland fordert, die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel zu reduzieren, um Versicherte und Patienten zu entlasten.

Viele Menschen sind auf Medikamente angewiesen wie auf das tägliche Brot. Für Lebensmittel gilt in Deutschland der ermäßigte Steuersatz von 7 %. Deshalb ist es nur logisch, auf die ebenso lebenswichtigen Produkte, wie Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel, den ermäßigten Steuersatz anzuwenden. Nur das wäre sozial gerecht.

Ich zeige mit meiner Unterschrift unter die Forderungen des VdK, daß ich mit dieser Politik nicht einverstanden bin und bitte möglichst



Inge Kolodzeike am Aktionstag für Gleichstellung im Mai 2004 in Eberswalde.

viele Menschen diese Aktion zu unterstützen!

Auf meiner Internetseite können Sie unter www.ingeborg-kolodzeike.de die Materialien zur Aktion downloaden. Unterschriftenlisten finden Sie auch bei vielen Eberswalder Ärzten und Apotheken oder in meinem Bürgerbüro in der Breiten Straße 46 in Eberswalde.

INGEBORG KOLODZEIKE,
behindertenpolitische Sprecherin der Linkspartei
im Brandenburger Landtag

92. Montagsdemo am 6.2.

Rund ein Dutzend Montagsdemonstranten trafen sich am 6. Februar in der Steinstraße. Ute Frey trug einen Bericht von Birgit Kühr aus Angermünde vor, in dem über die derzeit hungerstreikenden Hartz IV-Betroffenen informiert wurde. Darin heißt es:

Was geschieht zur Zeit in Deutschland? Jetzt protestieren bundesweit schon vier Menschen mit Hungerstreik gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechte. Konrad Fitz aus Schwedt (Uckermark), Beate Worms aus Hannover, Bernd Matthes aus Meinersen-Seehausen und Rüdiger Steinbeck aus Wieda (Landkreis Osterode) kämpfen gemeinsam gegen Hartz IV. Martin Pausch, der fünfte Hungerstreikende, brach den Protest aus gesundheitlichen Gründen ab.

Was geht in diesen Menschen vor? Wie verzweifelt muß ein Mensch sein, bevor er sich für diese Protestform entscheidet? Konrad Fitz plante diesen Entschluß ganz bewußt über mehre Tage. Fünf Tage reduzierte er seine Nahrungsaufnahme. Am fünften Tag wog er 60,7 Kilo. Am sechsten Tag, den 5. Februar 2007 war er fest entschlossen mit dem Hungerstreik zu beginnen.

Ein Mensch plant fast eine ganze Woche seinen eigenen Hungerstreik. Die Verzweiflung und die Wut waren so groß, daß er keinen anderen Ausweg mehr wußte. Seit über zwei Jahren lebt er mit dem grausamen Gesetz Hartz IV. Er kann keinen anderen Gedanken mehr fassen, denn sein Konto ist leer und der Regelsatz reicht nicht zum Leben. Die totale Überwachung der Hartz IV-Betroffenen ist eine Schande.

Die Hungerstreikenden haben gemeinsame Kernforderungen: Sie fordern, daß die Heizkosten von Rüdiger Steinbeck angemessen übernommen werden und sein Haus nicht zwangsenteignet wird. Sie fordern, daß Beate Worms nicht umziehen muß und eine angemessene medizinische Versorgung erhält. Sie fordern, die Wiederherstellung der persönlichen Rechte von Bernd Matthes und einen Ersatz für den Verdienstausfall der durch die mittlerweile dreijährige politische Arbeit entstand. Sie fordern für Konrad Fitz, Beate Worms, Bernd Matthes, Rüdiger Steinbeck und Martin Pausch angemessene sozialversicherte Arbeitsplätze oder eine Grundsicherung ohne ständige Überprüfung. Zusätzlich fordern sie frei wählbare Förder- und Weiterbildungsangebote. Sie fordern einen virtuellen runden Tisch, der für die Hartz IV-Krise transparent Lösungen erarbeitet und ihre weiteren Forderungen für alle Hartz IV-Empfänger einlöst.

In der Diskussion empörten sich die Demonstranten über bekannt gewordenen Praktiken in Sachsen, wo Hartz IV-Empfänger mit angeblich zu großem Wohnraum ein Zimmer leer räumen und verschließen sowie die Heizung abstellen müssen, um Kosten der Unterkunft zu ersparen, was permanent kontrolliert wird. Sie bewerteten dies als Schikane und Rücksichtslosigkeit. Ein neuer Beweis, daß die Betroffenen nur noch weitere Verschlechterungen zu erwarten haben. (em)

Beteiligungsbericht

Eberswalde (bbp). »Die Erstellung und jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichtes ist gemäß § 105 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg eine Pflichtaufgabe der Gemeinde«, heißt es in einer Pressemitteilung der StVV-Fraktion Die Linke.PDS. Der Beteiligungsbericht diene der Information der Stadtverordneten und der Einwohner der Stadt Eberswalde über die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft und die Kreditaufnahme enthalten.

Bisher war es Praxis, den Beteiligungsbericht als Anlage der Haushaltssatzung den Stadtverordneten zur Kenntnis zu geben. Bei dem im Dezember beschlossenen Haushalt 2007 fehlte der Beteiligungsbericht. Lediglich Tabellen zu den Bilanzen und Gewinnen einiger Gesellschaften der Stadt waren beigelegt. Auf Nachfrage wurde versprochen, den Beteiligungsbericht nachzureichen (vgl. BBP 12/2006).

Die Fraktion Die Linke.PDS vertritt die Auffassung, daß der Beteiligungsbericht möglichst frühzeitig den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden sollte. Es könne erwartet werden, daß die notwendigen Informationen einschließlich der Geschäftsberichte, die jährlich an das Registergericht geschickt werden müssen und dort jedermann zugänglich sind, bis zum 30. September des Folgejahres vorliegen.

Die Fraktion will daher zur Stadtverordnetenversammlung am 22. Februar eine Beschlusvorlage einreichen, wonach die jährliche Fortschreibung des Beteiligungsberichtes gem. GO § 105, Abs. 3, der Stadtverordnetenversammlung jeweils bis zum 30. September vorgelegt werden soll. Die aktuellen Geschäftsberichte der Unternehmen, an denen die Stadt Eberswalde direkt oder indirekt beteiligt ist, sollen dem Beteiligungsbericht als Anlage beigelegt werden. Desweiteren wird vorgeschlagen, den Beteiligungsbericht auf der Internetseite der Stadt Eberswalde zu veröffentlichen.

In die Zukunft investieren

Eberswalde (bbu). Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark konnte kürzlich den 60. Stifter in ihren Reihen begrüßen. Seit Gründung der Stiftung haben 47 Stifterinnen und Stifter aus den Landkreisen Barnim und Uckermark zum Stiftungsvermögen beigetragen. Zehn Zustiftungen kamen aus Berlin, drei weitere aus Süddeutschland. Gegenwärtig beträgt das Stiftungsvermögen rund 60.000 Euro.

Wer nach gemeinnützigem Engagementsucht, findet bei der Bürgerstiftung Menschen, die sich mit Leidenschaft für ihr Gemeinwesen engagieren. Für Interessierte gibt es ein Informationspaket, das ab sofort kostenfrei über die Geschäftsstelle bezogen werden kann.

Mehr Transparenz ist nötig

Unsere Meinung zum diskutierten Anstellungsvertrag des ZWA-Verbandsvorstehers

Die objektive Berichterstattung über den Anstellungsvertrag des ZWA-Verbandsvorstehers Wolfgang Hein ist keineswegs eine Kampagne, wie es der Bürgermeister von Marienwerder in der Tagespresse benennt. Vielmehr handelt es sich um notwendige Transparenz im Umgang mit kommunalem Geld, also dem Geld der Bürger. Die Allianz freier Wähler fordert eine stärkere Transparenz bei kommunalen Betrieben schon seit langem. Seit seiner Gründung 2006 fordert das auch das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde«.

Dank der Kommunalaufsicht des Kreises wurde der Gehaltskungelei hinter verschlossenen Türen das erhoffte Ergebnis versagt. AfW und »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« begrüßen das Tätigwerden der Kommunalaufsicht. Für die Zukunft Eberswaldes ist es erforderlich, noch mehr Transparenz in die den Bürgern verschwiegenen Vorgänge bei unseren

kommunalen Unternehmen zu bringen. Deshalb widersprechen wir auch der Auffassung des Pressesprechers vom Unternehmensverband, der eine Beendigung der Debatte fordert.

Gleichzeitig sei klargestellt, daß ein überzogenes Gehalt für Herrn Hein dem Bürger unverständlich bleiben muß. Schließlich müssen die Bürger, aber auch Unternehmen, unter der Höchstpreispolitik des ZWA leiden, für die Herr Hein als Verbandsvorsteher eine enorme Mitverantwortung trägt. Die flächenmäßige Überdehnung eines unnötig überdimensionierten Abwasserkanalnetzes und die jahrelange Verweigerung ökologischer dezentraler Abwasseraufbereitung auf abflusslosen Grundstücken sind auch S E I N kostentreibendes Werk.

Als Verbandsvorsteher sollte er ein solches Gehalt beziehen, daß den Ergebnissen seiner Tätigkeit entspricht.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Herr K aus der Schorfheide (3)

Wenn sich der Petitionsausschuß mit der Materie beschäftigt hätte, dann wüßte es, daß die zweifellos festzustellende Verbesserung der Qualität vieler Fließgewässer nicht in erster Linie – wie von der Abt. Wasserwirtschaft des MLUV behauptet – auf die Verbesserung der Klärwerkstechnik, sondern auf den Niedergang von Industrie und Landwirtschaft zurückzuführen ist.

Der Hinweis, daß »Ausnahmen vom Anschluß- und Benutzungszwang zugelassen werden können« beweist einmal mehr die mangelhafte Sachkenntnis des Petitionsausschusses. Hier handelt es sich um die Abschrift eines Halbsatzes aus der GO, der nur theoretische Bedeutung hat. Die Qualität der Aufbereitung von Schmutzwasser in einer grundstückseigenen Aufbereitungsanlage spielt für die ausschließlich auf Einnahmen bedachten Behörden überhaupt keine Rolle. Wenn ein Kanal vorhanden ist, dann wird der Grundstückseigner an diesen Kanal gezwungen, auch wenn seine Anlage z.B. gereinigtes Wasser in Badewasserqualität oder besser liefert. Ausnahmen werden nicht zugelassen. Die Mittel zur Durchsetzung sind Androhung (und Vollstreckung) von Zwangsgeld, Ersatzvornahme, Erzwingungshaft, ja sogar Zerstörung von Grundstücksanlagen mit Waffengewalt unter Polizeischutz. Dafür gibt es Beispiele.

Die Entscheidung der Gerichte in Hauptsacheverfahren und die Rechtskraft von Urteilen werden nicht abgewartet. Es wird vollstreckt. Das Recht spielt keine Rolle. Die Administration nimmt es für sich in Anspruch. Mit Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz, Naturschutz, Gewässerschutz, Gesundheitsschutz

hat das alles nichts zu tun. Das ist Terror mit dem Ziel der Sanierung der Aufgabenträger aus den Taschen der Bürger.

Da die genannten Tatsachen nicht bestritten werden können, werden sie jedenfalls verschwiegen, wo und wann immer möglich. In der Öffentlichkeit ist inzwischen trotzdem bekannt geworden, welche verhängnisvolle Rolle die Kanalnetze besonders in ländlich geprägten Gebieten spielen – als ökologisch schädlich und als wirtschaftlich nicht tragfähig. Weiter ist inzwischen allgemein bekannt, daß eine abschließende Bodenpassage für die Feinreinigung von Schmutzwasser das wirksamste Verfahren ist und daß dezentrale Aufbereitungsanlagen leistungsfähiger sind als zentrale Klärwerke. Aus diesem Grunde wurde eine Sprachregelung dahingehend eingeführt, daß alle abflußlosen Gruben und Sammelbehälter für Schmutzwasser als dezentrale Grundstücksentwässerungsanlagen bezeichnet werden. Dabei wird ignoriert, daß der Transport von Abwässern mit dem »rollenden Kanal« natürlich auch in einer zentralen Aufbereitung endet. Die in der Statistik in der Größenordnung von »20 Prozent dezentral« genannte Zahl ist eine Fälschung. Fördermittelgeber in Bund und EU erkennen aber offenbar derlei Täuschungsmanöver nicht und bewilligen Fördermittel für »Infrastrukturmaßnahmen«, die dann wieder ausschließlich für Kanal- und Klärwerksbauten eingesetzt werden.

Täuschungsversuche scheinen jedoch in Landesregierung und Landesparlament zum täglichen Handwerkszeug zu gehören.

(Fortsetzung folgt)

JOHANNES MADEJA

Energiegenossenschaft Delmenhorst:

Unabhängige Gasversorgung startet im April 2007

Delmenhorst (bbp). Die Einwohner der Eberswalder Partnerstadt Delmenhorst haben künftig die Möglichkeit bei den Energiekosten deutlich zu sparen. Am 1. April soll die unabhängige Gasversorgung durch die Energiegenossenschaft Delmenhorst eG starten. »Unsere Mitglieder bekommen die Preiskalkulation vorge-rechnet«, sagt die Vorstandsvorsitzende Eva Sassen. »Als Energiegenossenschaft öffnen wir mit Unterstützung der Bundesnetzagentur nichts geringeres als den Gasmarkt. Kein neuer Versorger soll unser Geld abziehen. Spitzengehälter gibt es nicht. Genossenschaftsmitglieder bestimmen, was mit den Gewinnen geschieht.«

Die Energiegenossenschaft Delmenhorst eG startet in Delmenhorst und im EWE-Versorgungsgebiet, praktisch links der Weser bis zu den Ostfriesischen Inseln. In Bremen schlossen sich Gasverbraucher zur Bremer Energiehausgenossenschaft eG zusammen und planen parallel für Bremen und östlich der Weser. Weitere Genossenschaften im Bundesgebiet stehen am Start. Die Vorteile für die Genossenschaftsmitglieder leuchten ein: günstiges Erdgas mit offe-

ner Preiskalkulation, Vergünstigungen bei In-formationen zur Energieeinsparung, die Eco-Kraft eG i.G. gewährt Prozen-te, wenn die Mit-glieder ihre Diesel-Motoren auf nachwachsen-de Rohstoffe umstellen lassen (Dieselmotoren mit Pflanzenöl). Weitere Vorteile für Genossen-schaftsmitglieder sind in Vorbereitung, kündig-te Eva Sassen an.

Der Genossenschaft beitreten kann man mit einem Beitrittsgeld von 20 Euro und einem Genossenschaftsanteil von 100 Euro, beides einmalig zu zahlen. Nur damit haften die Mit-glieder, falls das Vorhaben mißlingen sollte. Davon geht Eva Sassen aber nicht aus. »Die heutigen Mitglieder des Vorstandes, Aufsichtsrates und viele Aktive haben schon tausende unbezahlte Arbeitsstunden in dieses Projekt gesteckt. Sie sind überzeugt, daß wir alle zusammen uns selbst mit Gas versorgen werden!«

Die Energiegenossenschaft will nicht nur Privatkunden versorgen. »Mitmachen kann je-der Haushalt, jeder Betrieb, vom Handwerk bis zum Industriebetrieb, Hausgemeinschaften, Ge-meinden.«

»Freecycle«n statt recyceln

Stellt euch vor, es ist Sperrmüll – und keiner stellt was hin! Klingt absurd, aber »freecycling« findet zunehmend Anhänger. Nach US-ameri-kanischem Vorbild informieren sich lokale Gruppen per E-Mail, wenn jemand etwas ver-schenken möchte – so findet das alte Sofa neue Besitzer. Vor einem Jahr freecycleten deutsch-reichweit 500 Menschen, mittlerweile sind es 8000 in 75 Gruppen. Das weltweite Freecycle™-Netzwerk organisiert in lokalen Gruppen den Austausch kostenlos abzugebender Gegen-stände. Was für den einen wertlos geworden ist, kann ein anderer vielleicht noch gut ge-brauchen. Mit Freecycle kannst du zu ver-schenkende Sachen anbieten oder suchen. Die Freecycle-Regeln:

1. Nur kostenlos abzugebende Gegenstände werden angeboten! Kein Handel, kein Verkauf, keine Gebühren oder Kostenerstattungen!
2. Bitte halte dich an folgende Formate für die Betreffzeilen (und fasse mehrere Gegenstände in einer Mail zusammen):

BIETE: alte Couch

ABGEHOLT: alte Couch (um bekannt zu ge-ben, daß etwas abgeholt wurde)

SUCHE: alte Couch (Bitte halte die Suche in einem realistischen Rahmen und lokal be-grenzt!)

3. Antwort-Mails direkt an den Absender schicken, mit ihm die Abholung vereinbaren.

4. Kein Spam, keine Werbung, kein Chat, keine Politik!

Freecycle wird ehrenamtlich betrieben und vertritt keine kommerziellen Interessen. Ziel der Freecycle-Idee ist es, unnütz gewordenen Dingen wieder einen Sinn zu geben, anderen zu helfen, ihnen eine Freude zu bereiten und auch selbst Spaß daran zu haben.

Und wenn die eigene Wohnung (Keller, Ga-rage, Dachboden) dabei entrümpelt sowie Müll vermieden wird: auch nicht schlecht!

Infos und Mitmachen: www.de.freecycle.org

www.lapsus-gil.de/lover/lover45.pdf

Linkspartei wählt neue(n) Vorsitzende(n)

Eberswalde (bbp). Die vor einem Jahr gewählte Vorsitzende der Eberswalder Linkspartei.PDS Maria Kausch zieht sich aus beruflichen Grün-den zurück. Zur Mitgliederversammlung des Stadtverbandes, die am 3. März um 10 Uhr im Touristikzentrum im Familiengarten stattfin-det, steht daher die Wahl eines bzw. einer neu-en Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Außer-dem soll die Nachwahl eines Stadtvorstands-mitglieders erfolgen. Inhaltlich geht es um den

Leitbildentwurf der Linkspartei.PDS Brande-nburg »Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg (Unsere Heimat)«. Als Referentin ist die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei. PDS im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser eingeladen. Ein weiteres Thema ist die Leit-bilddiskussion in der Stadt Eberswalde. Hierzu wird der Stadtverordnete Dieter Müller refe-rieren. Desweiteren gibt es Informationen zum Parteibildungsprozeß und eine Diskussion.

Energiesparkontor Barnim

Eberswalde (bbp). Die Fortschreibung des En-ergieatlasses und die Umsetzung von BARUM energie (vormals BARUM 111) steht im Mit-telpunkt des Arbeitsplanes für 2007, über den der Verein Energiesparkontor Barnim e.V. auf seiner ersten Beratung im neuen Jahr am 24. Januar beriet. Wie in jedem Jahr wird die Vor-bereitung und Durchführung des Tages der Er-neuerbaren Energie am letzten Sonnabend des Monats April einen großen Teil der Vereinsar-beit in den ersten Monaten beanspruchen.

Ein Umsetzungsforum BARUM energie steht ebenso auf dem Plan, wie ein Forum »En-ergieeinsparung. In der Diskussion ist die Ein-führung eines neuen Gebäude-Energiepasses. Desweiteren wird das Energiesparkontor die bereits laufenden Projekte weiter begleiten. Dazu gehören das Kreishaus, die Wärmeener-gienutzung beim Holzhackschnitzelkraftwerk im Hafen Eberswalde, Solarkollektoren und Fotovoltaik auf dem Gebäude des Oberstufen-zentrums, bei der WHG und auf öffentlichen Gebäuden der Stadt, die Biomasse- und Foto-voltaikanlagen in der Landwirtschaft sowie die Erdwärmenutzung. Nicht zuletzt gehören zur Vereinsarbeit der regelmäßige Erfahrungsaus-tausch mit anderen. Geplant sind Besichtigun-gen des Holzkraftwerkes Eberswalde, der Foto-voltaikfabrik in Prenzlau und des Pelletwerkes in Schwedt.

»Trend zur Monokultur«

Angesichts des anhaltenden Booms von Bio-gasanlagen haben der NABU und der Deut-sche Verband für Landschaftspflege (DVL) vor negativen Konsequenzen für Natur und Land-schaft gewarnt. »Der zunehmende Anbau von Energiemais hat erhebliche ökologische Risiken und Auswirkungen auf die Artenvielfalt zur Fol-ge«, meint NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Im Einzugsgebiet von Biogasanlagen würden vermehrt Grünland- und Stilllegungsflächen zu Maisäckern umgewandelt.

Der »Trend zur Monokultur« führe zu einer erhöhten Bodenerosion und Grundwasserbelas-tung sowie zu einem massiven Verlust wert-voller Lebensräume. Vor diesem Hintergrund fordern die Verbände die Einführung ökologi-scher Mindeststandards. Nach Auffassung der Verbände sollten die vorhandenen Förderan-reize im Gesetz über erneuerbare Energien durch einen »Kulturlandschaftsfaktor« ergänzt werden. Konkret schlagen sie vor, den Maisan-teils in Biogasanlagen auf 50 Prozent zu be-schränken und einen Verzicht auf Gentechnik festzuschreiben. Alternativen zum Mais stün-den mit Mischkulturen aus Sonnenblumen, Leindotter oder Luzerne zur Verfügung. Diese sollten »allein schon aus Gründen eines Risiko-ausgleichs« in Folge des Klimawandels verstärkt genutzt werden. Eine Strategie der Energie-wende dürfe nicht auf Kosten einer Ökologisie-rung der Landwirtschaft erfolgen.

Das liberale Politikverständnis der FDP

von Dr. med. Siegfried Adler

Der Begriff »Partei« ist eigentlich für den politischen Liberalismus im Sinne der FDP falsch. Partei ist der Ausdruck für einen Teil. Die geistigen Grundlagen für den politischen Liberalismus sehe ich in 4 Säulen, die für alle Menschen Gültigkeit haben: Freiheit des Denkens – Gerechtigkeit und Ehrlichkeit – Sozialverhalten – Ethik. Sie sind das Ergebnis der Naturerkenntnis und Geistesentwicklung für unseren Kulturkreis. Dazu gehört auch aus der Geschichte Europas die Opposition zur religiösen und machtpolitischen Starrheit des Mittelalters. Wer die Dogmen der Religionsherrscher nicht anerkannte wurde bekämpft bis zu Tötung; die Religion des jeweiligen Landesherrschers war verpflichtend für alle Menschen des betreffenden Landes. Wiedererstehen derartiger »Denkwelten« gab es in Europa im 20. Jahrhundert durch Hitlers Nationalsozialismus und dem Kommunismus Stalins und seiner Nachfolger, bis Gorbatschow die Wende in der Weltpolitik bewirkte. Damit sind zwar erhebliche Verbesserungen eingetreten, direkte und indirekte Menschenverachtung gibt es im Bereich der Wirtschaft und fundamentalistischen Institutionen leider noch. Die 4 Säulen des politischen Liberalismus sollten auch in allen politi-

schen Klientelgruppierungen Richtschnur sein. Die genannten 4 Säulen möchte ich mit den Aussagen von 4 bekannten geschichtlich bedeutsamen Personen darstellen:

1. Die Freiheit des Denkens nach dem Satz des französischen Philosophen, Mathematikers und Naturwissenschaftlers Descartes (1596-1650): »Ich bin zwar nicht Ihrer Meinung, aber ich würde mein Leben dafür hergeben, daß Sie anderer Meinung sein können als ich«.

2. Dem »Kategorischen Imperativ« von Immanuel Kant (1724-1804), dem größten deutschen Philosophen: »Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein könne«. Praktisch ausgedrückt bedeutet dieser Satz z.B.: »Ich will nicht betrogen werden, also darf ich auch keinen anderen betrügen« oder »Ich will nicht übervorteilt werden, also darf ich keinen anderen übervorteilen«, »Ich will nicht verletzt oder getötet werden, also darf ich auch keinen anderen verletzen oder töten«. Ehrlichkeit und Gerechtigkeit erwartet jeder Mensch für frohes und erfolgreiches Leben.

3. Die geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Menschen sind sehr verschieden und nach unseren heutigen Kenntnissen u.a. gene-

tisch bedingt. Sozialverhalten gehört zu den obligatorischen Kontrollkriterien z.B. für Kinderärzte zur Beurteilung der Kindesentwicklung vom Säuglingsalter an. Für den Erwachsenen möchte ich diese Säule mit einem Satz vom Philosophen Johann Gottlieb Fichte (1762-1814) kennzeichnen: »Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verzieret; es sollen erst alle warm gekleidet werden, ehe einer sich prächtig kleidet. Es ist ein großes Unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen kann, indessen seine Mitbürger das Notwendige nicht haben.«

4. Gleichbedeutend mit diesen 3 Säulen nenne ich den Begriff »Ethik« mit einem richtungweisendem Satz von dem Urwaldarzt und Friedenskämpfer Albert Schweizer (1875-1965), der vor seinem Medizinstudium u.a. ein sehr beachteter Theologe und Philosoph war: »Ich bin Leben inmitten von Leben, das auch leben will«. Die Achtung vor der gesamten menschlichen, tierischen und Pflanzlichen Natur möchte ich darunter verstehen.

Diese 4 Säulen sollten die Grundlage für Wertschöpfung durch ehrliche Arbeit sein, ohne die keine Wertverteilung zum Wohle aller Menschen geschehen kann.

Freie Schule in Finow

Eberswalde (bbp). Mit der Bestätigung des Vertrages zur Übergabe der weitergehenden Schulen der Stadt Eberswalde an den Landkreis Barnim durch die Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten war das Urteil endgültig gesprochen. In den Eberswalder Stadtteilen Finow und Brandenburgisches Viertel wird es künftig keine weiterführende Oberschule mehr geben. Die Aussicht, nunmehr von den Kreistagsabgeordneten ein Einsehen zu erwarten, erscheint angesichts der doktrinären Politik der CDU/SPD-Koalition im Kreistag mehr als aussichtslos.

Noch immer trifft sich die Initiative zum Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule regelmäßig. Auf der Suche nach einem Ausweg. Hartwin Schulz, seit Anfang an dabei, meldete sich jetzt im Auftrag der Initiative zu Wort: »Liebe Freundinnen und Freunde, in den vergangenen Wochen haben wir davon erzählt, dass es eine kleine Initiativgruppe für die Gründung einer freien Finower Schule gibt. Die Reaktionen darauf waren weit gefächert: Begeisterung, Ideen, Skepsis, Bedenken, erste Mitarbeit. Mehr als die Idee gibt es ja auch noch nicht. Weil wir also ganz am Anfang stehen, wollen wir zu einem grundsätzlichen, abwägendem, kreativen und ideenreichen Gespräch einladen.«

Das Gespräch findet am Mittwoch, den 14. Februar, um 17 Uhr im Dietrich-Bonhoeffer-Haus (Potsdamer Allee 35) statt.

New Yorker Verhältnisse verhindern

Schulsozialarbeit an der Schwärzese-Grundschule für 2007 gesichert

Eberswalde (bbp). In der Sitzung des Ausschusses für Kita und Schule am 10.01.2007 in der Grundschule »Schwärzese« informierte der Schulleiter Ernest Hobohm die Ausschußmitglieder über die aktuelle Situation an seiner Schule. Der Schulstandort befinde sich in einem sozialen Schwerpunkt der Stadt, machte Herr Hobohm deutlich. Er verwies auf den hohen Anteil alleinerziehender Mütter und von Arbeitslosigkeit betroffener Eltern. Eine besondere Herausforderung resultiere zudem aus dem hohen Anteil von sog. Aussiedlern und Ausländern, die in manchen Klassen einen Anteil von 25 % erreichen.

Bei vielen Schülerinnen und Schüler äußere sich die prekäre soziale Situation in einer Weise, daß zur Lösung von Konflikten sehr schnell zu gewaltsamen Mitteln gegriffen wird. Ohne das permanente Eingreifen der Lehrerinnen und Lehrer »hätten wir an unserer Schule binnen drei Wochen New Yorker Verhältnisse«. Die psychologische Betreuung der »Schwärzese«-Kinder sei daher sehr wichtig.

Aufgrund ihrer Teilnahme am Modellprojekt MoSeS konnte die Schule in den vergangenen Jahren auf zusätzliche Finanzmittel zurückgreifen. Aus diesen Mitteln wurde auch eine Teilzeitstelle für einen Schulsozialarbeiter finanziert. Nach dem Auslaufen von MoSeS erfolgte

die Finanzierung des Schulsozialarbeiters aus zusammengeammelten Projektmitteln.

Doch im Februar 2007 war das Ende der Fahnenstange erreicht. Es gab kein Geld mehr, um die Sozialarbeit an der Grundschule »Schwärzese« fortzusetzen. Dabei lobt Schulleiter Hobohm die Sozialarbeiterin in höchsten Tönen. Sie könne sehr gut mit den Kniprsen der Grundschule umgehen. Er hoffe darauf, daß die Stadt Möglichkeiten findet, die Mitarbeit dieser Kollegin zu sichern.

Die Linke.PDS in der StVV war der Auffassung, daß die Situation an der Grundschule »Schwärzese« hinsichtlich der Schulsozialarbeit eine dauerhafte Lösung erfordere. Die Fraktion beantragte deshalb in der StVV-Sitzung am 25. Januar in Änderung des zur Beschlußfassung vorliegenden Nachtragshaushalts, daß die Grundschule »Schwärzese« zur Finanzierung der Schulsozialarbeit im Jahr 2007 einen Zuschuß in Höhe von 8.000 Euro erhält.

Die Stadtverordneten stimmten dem Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.PDS bei Enthaltungen der beiden FDP-Stadtverordneten mehrheitlich zu. Damit wird die notwendige Zeit gewonnen, um eine dauerhaften Lösung für die Sozialarbeit an der Grundschule »Schwärzese« zu finden.

Baumfällungen im Landkreis Barnim

Baumfällungen im Landkreis Barnim erregten in der Vergangenheit immer wieder die Gemüter. Die Bürgerinnen und Bürger sehen sich dabei meist vor vollendete Tatsachen gestellt, da die Entscheidungen in den meisten Fällen verwaltungsintern fallen. Hier ein Beispiel, das bereits länger zurück liegt:

Anfang Juli 2000 herrschte, wie es in einem Bericht der lokalen Tageszeitung heißt, Aufregung in der Oderberger Straße in Eberswalde. Anwohner hatten beobachtet, wie Arbeiter den Kastanien entlang der Straße, die zum Gropiusbau der Landesclinik hinführt, mit der Säge zu Leibe rückten. Die Schnittstellen seien völlig sauber und zeigten keine dunklen Stellen, wird eine Anwohnerin zitiert. Krank seien die Bäume ihrer Auffassung nach nicht. »Und im Frühjahr standen die Kastanien immer in voller Blüte«. Die Ausnahmegenehmigung zur Fällung der Allee hatte die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises erteilt.



Einst schmückte eine stolze Kastanienallee die Zufahrt zum Gropiusbau der Landesclinik. Im Jahr 2000 wurde sie mitten im Sommer gefällt, obwohl Dreiviertel der Bäume noch genügend Vitalität aufwiesen. Die nachgepflanzten Bäume haben nach 7 Jahren die Höhe der Laternen erreicht

Als diese vorlag, stimmte auch die Stadt der Fällung zu, weil die UNB schrieb: »Die Allee ist in desotalem Zustand und unterliegt Verkehrssicherungspflicht«. Das Landesbaumamt in Strausberg, das bei der Sanierung des Gropiusbaus als Bauherr fungierte, hatte die Fällung beantragt. Im April 2000 hatte die UNB den Antrag positiv beschieden, weil der 100-jährige Baumbestand »zum größten Teil so krank« gewesen sei, daß die 41 Kastanien gefällt werden müßten.

Der Naturschutzbeirat des Landkreises Barnim hatte bereits im März des Jahres – wie inzwischen gewohnt – seine Zustimmung erteilt. Immerhin hatte das Gremium als Auflage erteilt, daß »die Baumhöhlen vor der Fällaktion fachgerecht nach Brütem und anderen geschützten Tierarten überprüft werden«. Insgesamt seien auf dem Gelände der Landesclinik 189 Bäume begutachtet worden. Und sechs Eiben, die auf einem Rondell stehen, blieben schließlich erhalten. Die Entscheidung, so hieß es seitens der Pressesprecherin des Kreises, sei dem Naturschutzbeirat nicht leicht gefallen. Aber es sei ja geplant, die Allee durch die Pflanzung neuer Bäume wiederherzustellen.

Die Bäume wurden mit der Visual-Tree-Assessment-(VTA)-Methode begutachtet, erklärte der damalige Kreisdezernent Thomas Engel. Bei den 41 Kastanien habe sich ergeben, daß elf Bäume leicht geschädigt, 17 stark geschädigt, elf abgängig und zwei abgestorben waren. Eine Kastanie habe keine Beeinträchtigung aufgewiesen.

Demnach wäre lediglich bei 13 Bäumen eine Fällung tatsächlich angebracht gewesen (vgl. Vitalitätsstufen in BBP 8/2006). Demgegenüber hatte das Gutachten bei 22 Kastanien die

Fällung als erforderlich angesehen und bei acht Bäumen empfohlen, heißt es. Demzufolge hielt es der Naturschutzbeirat, »in dem unter anderem Förster und Experten der Fachhochschule Eberswalde sitzen«, für ratsam, auch die 11 gesunden bzw. nur schwach geschädigten Alleeebäume abzuhacken. Und das auch noch mitten in der Vegetationsperiode, wo Baumfällungen an sich verboten sind.

Während Komplettfällungen von Alleen durch die UNB genehmigt werden müssen, nimmt sich die Straßenmeisterei bei einzelnen Bäumen in einer Allee das Recht heraus, ohne Zustimmung der Naturschutzbehörde zu fällen. In der MOZ vom 8.11.2005 wird der Chef der Straßenmeisterei Eberswalde Eckhard Schwitalski zitiert: »Der Kreis steht uns beratend zur Seite. Die Entscheidung, ob ein Baum gefällt werden muß oder nicht, ist unsere Hoheit.« Und davon macht er reichlich Gebrauch. »Wir gehen keinerlei Risiko ein. Für uns hat Sicherheit für Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer oberste Priorität.« Von einer Wiederbepflanzung der entstehenden Lücken in den Alleen hält Schwitalski übrigens nichts. »Jungbäume gedeihen besser«, erklärt er, »wenn sie sich nicht als Lückenfüller behaupten müssen«. Daß es für die Fällung von Alleen und einzelnen Alleeebäumen sowie für die Ersatzpflanzungen gesetzliche Regelungen gibt, scheint der Landesangestellte nicht zu wissen.

Aber solche Kenntnisse gehören ja offenbar auch in der Unteren Naturschutzbehörde und beim Naturschutzbeirat nicht zum Standard.

G.M.

Buchbesprechung

Australien-Reisen werden immer beliebter und hierzu gibt es auch eine ganze Anzahl von Reiseführern. Diese weisen zumeist auf Naturschönheiten hin, nennen auch einige Tier- und Pflanzenarten, bleiben aber nähere Informationen über einzelne Tier- und Pflanzenarten schuldig. Diese Lücke füllt Dr. ULRICH SEDLAG aus Eberswalde mit »Australien – Natur komprimiert«. Er behandelt – abgesehen von den marinen Biotopen – alle auf dem Kontinent vorzufindenden größeren Lebensräume.

Nach einleitenden praktischen Hinweisen für Touristen gibt er einen kurzen Abriss zu Geographie, Geologie und Klima. Die verschiedenen Vegetationszonen charakterisiert er in einer auch für den Laien leicht verständlichen und gleichzeitig sehr treffenden Art. Der Darstellung wichtiger Pflanzenfamilien und auffälliger Blütenpflanzen, Sträucher und Bäumen widmet SEDLAG 25 Seiten des Buches. Schließlich bespricht er das Thema »Feuer« und dessen ökologische Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf die Verjüngung von Wäldern, die viele Hitzkeimer ihr Eigen nennen.

Bei der Tierwelt liegt das Schwergewicht auf den Wirbeltieren, da diese dem normalen Touristen noch am ehesten auffallen. Dagegen finden Wirbellose mit der großen Zahl an Insekten weniger Berücksichtigung. Allerdings werden diese dem Touristen im Allgemeinen auch nur selten zu Gesicht kommen.

Wie sehr Flora und Fauna durch die zumeist europäischen Einwanderer verändert wurden und welch zum Teil herausragende Bedeutung den Neozoen und Neophyten zukommt beschreibt Sedlag in einem eigenen Kapitel. Schließlich stellt er auch noch kurz eine Auswahl an Nationalparks vor. Dem naturinteressierten Besucher Australiens, der nicht gleich zu Spezialliteratur greifen will oder kann, sei zusätzlich zu seinen »normalen« Reiseführern dieses Buch wärmstens empfohlen.

H.B. (<http://www.dgaee.de/html/publi>)

SEDLAG, U. (2006): Australien – Natur komprimiert. – 327 S., 23 Farbfotos, Zeichnungen und Verbreitungskarten, Halle (Ampyx-Verlag), Euro 15,00 (ISBN 3-932795-25-3). Bezug direkt durch: Ampyx Verlag, Dr. A. Stark, Seebener Str. 190, 06114 Halle (Saale), e-mail: stark@ampyx-verlag.de

Café Liebermann

Eberswalde (prest-ew). Längere Zeit war es geschlossen, das idyllisch am Treidelweg gelegene Café Liebermann. Und wenn es geöffnet war, war es nur für die Besucher des Familiengartens zugänglich. In Absprache mit der Stadt und dem Betreiber des Cafés ist vorgesehen, dieses wieder durchgängig zu öffnen und dann auch vom Treidelweg aus einkehren zu können. Dafür wird eine Lösung vorbereitet. Wanderer und Radfahrer haben dann die Möglichkeit, dort an der Schleuse einen Stopp einzulegen, bei Kaffee und Kuchen die herrliche Umgebung zu genießen und natürlich auch den Familiengarten gegen Eintritt zu besuchen.

Der Mössinger Generalstreik Vergessener Widerstand gegen die Nazis

Die als »Mössinger Generalstreik« bezeichneten Aktionen eines bedeutenden Teils der Arbeiterschaft der kleinen von der Textilindustrie geprägten württembergischen Ortschaft Mössingen am nördlichen Rand der schwäbischen Alb gelten deutschlandweit als der einzige Versuch, die Machtergreifung Adolf Hitlers am ersten Tag nach dessen Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, also schon zu Beginn der formellen Herrschaft des Nationalsozialismus, durch einen Generalstreik zu vereiteln. Soweit die Information, die in der Wikipedia zu finden ist (de.wikipedia.org/wiki/Mössinger_Generalstreik)

Ich kann da aus eigener Anschauung berichten, da ich in Mössingen mal eine Weile gewohnt habe. Mössingen, das ist heute ein konservatives, CDU-wählendes 20.000-Einwohner-Kaff, das von solcherart Lokalgeschichte verschont bleiben möchte.

Dieser Generalstreikversuch ist daher nicht gerade etwas, was als eine lebendige Tradition bezeichnet werden kann, denn er zeigt ja erstens, daß Gegenwehr möglich war, selbst als so eine isolierte Aktion, und weist zweitens gnadenlos auf das Versagen der »Arbeitervertretungen« wie SPD und Gewerkschaften hin. Außerdem läßt sich in einem Land wie unserem mit Widerstand gegen die Obrigkeit, und sei es auch eine faschistische, eben kein »Staat« machen!

Seit ein paar Jahren wurde gegen den Widerstand der Ortsbehörden versucht, die Episode ins breitere Gedächtnis der Bevölkerung zu bringen. Allerdings kann nicht die geringste Rede davon sein, daß dieses damalige positive Zeichen einer möglichen subversiven Aktion selbst im Angesicht des kriminellsten Faschismus heute als ein positives Element, als ein Zeichen für die Zukunft oder auch nur eine bejahende Einstellung zum Mittel des Generalstreiks geführt hat. So haben viele Bürger sich geweigert, für die damalige zentrale Ausstellung ihre noch in Familienbesitz befindlichen Exponate zur Verfügung zu stellen...

Ein Generalstreik, und dann auch noch von der KPD initiiert, das stößt heute auf eine Mischung aus Verlegenheit und Ablehnung; selbst wenn es gegen den Faschismus ging: Es war ja immerhin IHR Faschismus, ein echt deutscher sozusagen, und dagegen mit den Kommunisten zusammen vorzugehen, »das gehört sich halt nicht ...«

GERD HERRMANN, (aus listex)

»AUCH SCHLAFEN IST
EINE FORM DER KRITIK,
VOR ALLEM IM THEATER.«

KARL MARX,

Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

Tauschringe und Regiogeld

Der Zeit-Tausch wird derzeit ansatzweise in vielen Orten durch den Regionalgeld-Gedanken vereinnahmt. Hierbei wird der innovative und soziale Charakter der Zeit-Tauschringe vollkommen außer Kraft gesetzt und viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ziehen sich enttäuscht zurück.

Der reformerische Gedanke des Zeit-Tauschens findet bisher in der Gesellschaft sehr viel Anerkennung und Zulauf. Nach wie vor werden neue Tauschringe gegründet – von Privatpersonen genauso wie von Institutionen. Das Potential, das im Zeit-Tauschring steckt, überzeugt: Eine gleichwertige Art der Zeit-Bewertung von Leistung mit dem Ziel, daß alle Menschen mit ihren Fähigkeiten Anerkennung erhalten können, unabhängig von Geldbeutel oder sozialem Status. In der Zeittauschring-Theorie steckt viel ausbaufähiges soziales und auch wirtschaftliches Potential.

In der Realität jedoch haben fast alle Tauschringe mehr oder weniger Probleme, die allerdings oft erst nach mehreren Jahren offensichtlich werden. Beispielsweise seien hier Organisationsfragen, wenig Tauschaktivitäten oder Aktive, mangelhafte Buchführung, Demokratie oder die allgegenwärtigen zwischenmenschlichen Probleme unserer Gesellschaft genannt. Mehrere ehemals sehr aktive Tauschringe kränkeln oder haben ihre Arbeit eingestellt. Eine Problemlösung erhoffen sich einige Tauschringe in einer Kooperation mit einer Regiogeld-Initiative, manchmal wird ein Tauschring sogar ganz auf Regiogeld umgestellt. Durch die »Heilsversprechen« beworben, hofft man auf weniger Verwaltung/Bürokratie, eine Aktivierung der Mitglieder, attraktive Zusammenarbeit mit Gewerbe usw. Das eigentliche Ziel des Tauschringes wird hierbei außer Acht gelassen.

Tauschring und Regiogeld sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe: Ein Zeit-Tauschring setzt direkt bei den Fähigkeiten eines jeden Menschen an und schafft Arbeit, das Regiogeld fördert die Wirtschaft der Region durch den Ersatz des internationalen Euros durch regionale Währung, das Regiogeld. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Wege, die unterschiedliche Ziele ansteuern.

Wenn ein Zeit-Tauschring mit Regiogeld kooperiert, bedeutet dieses auch, daß mit Euro billige Leistung erkaufte werden kann. Die innovative Grundlage der Zeittauschringe, daß ihre Währung nämlich nicht konvertierbar ist, daß Verrechnungseinheiten nicht in Euro getauscht werden können, geht verloren und mit ihr der Wert der Zeit-Verrechnungseinheiten und der soziale Sinn des Tauschringes! Tauschring-Währung ist Buchgeld und entsteht allein aus der erbrachten Leistung, also durch uns selbst. Das Regiogeld hingegen ist nur im Tausch zum Euro erhältlich – die innovative Idee, vom Euro unabhängig zu sein, ginge den Tauschringen verloren.

Ein offensichtliches Resultat einer Kooperation Tauschring-Regiogeld wäre, daß z.B. ein

Gutverdienender seine Euros in Regiogeld tauscht und hiervon im Zeittauschring Leistung erkaufte, die nach dem Zeittauschring-Prinzip eigentlich nur im gleichwertigen Tausch untereinander erhältlich sein sollte.

Für Tauschringe ist es unabdingbar, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander Vertrauen aufbauen, unsere Währung basiert ja auf diesem Vertrauen. Solch ein Klima zusammen mit der vorhandenen potentiellen Bereitschaft für eine alternative Währung macht Tauschringe zu einer idealen Werbeplattform für Regiogeld-Initiativen.

Die Veranstalter des Bundestreffens 2003 in Bad Aibling haben durch ihre Themen- und Referentenauswahl der Verbindung »Tauschring und Regiogeld« erstmals einen offiziellen Charakter gegeben. Fortgesetzt wird dieser Trend durch die aktuelle Art der Ankündigung zum ersten Treffen der deutschsprachigen Tauschringe 2006 in Wangen. Hierdurch wird aktiv und bewußt ein Prozeß unterstützt, der viele Tauschringe in ihrer Existenz gefährdet. Es bleibt abzuwarten, wie die Arbeitsgruppe mit diesem nicht zu unterschätzenden Interessenskonflikt umgeht.

Auffallend ist, daß derzeit in mehreren Tauschringen Einzelpersonen sehr engagiert die Themen »alternative Währung, Lokalökonomie, Regiogeld« ins Gespräch bringen. Da fehlen Informationen, Interesse und Argumente. Und vor allem fehlen sehr oft Zeit, Energie oder Wille, sich dagegen zu wehren.

Gleichwohl ist der überwiegende Teil der Tauschring-Aktiven sich der Verantwortung für den Tauschring bewußt und handelt professionell: Sofern überhaupt ein eigenes Interesse an Regionalwährung und der Stärkung der lokalen Wirtschaft besteht, wird dieses nicht zwangsläufig auf den Tauschring übertragen. Es ist durchaus möglich, zwei Arten des lokalen Wirtschaftens zu unterstützen: einerseits der soziale, beim Menschen ansetzende Zeittausch und andererseits die lokalen Händler und Produzenten bei ihrer Vermarktung vor Ort.

Auffallend ist, daß Regiogeld-Referenten allerorts eine Verbindung zu Tauschringen betonen, gern auch gegenüber der Presse oder bei Vorträgen. Sie erläutern, was sie unter Tauschring verstehen und mit Zeittausch und dem sozialen Aspekt hat dieses selten zu tun. Ob aus Unwissenheit oder Absicht, sei dahin gestellt – die Folgen sind für das Modell der Zeittauschringe auf jeden Fall negativ. Die aktive Regiogeld-Bewegung macht uns sehr deutlich, was die Tauschring-Bewegung bisher versäumt hat.

DAGMAR CAPELL, Tauschring Harburg
(e-mail: dagmarc@web.de)

Regiogeld für die Landkreise Barnim und Uckermark

ODERBlüte – für mehr Kooperation in der Region

Der gemeinnützige Verein Barnim Uckermark regional e. V. hat zusammen mit Unternehmern und Wirtschaftsförderern unserer Region das Verrechnungs- und Rabattsystem für die Landkreise Barnim und Uckermark anwenderfreundlicher und lukrativer gemacht. UNS heißt jetzt ODERBlüte und ist somit auch namentlich mit unserer Region verwurzelt. Sie reiht sich ein, geographisch und kooperativ, in die Berliner »Spreeblüte« und in die bereits etablierte Potsdamer »Havelblüte«. Jeder Wirtschaftsteilnehmers – Unternehmen, jeder Vereine oder jede regionale Institutionen unserer Region, – erhalten kostenlos ein Startkontingent an Oderblüten. Bei anderen teilnehmenden Unternehmen kann die Oderblüte wertgleich zum Euro ausgegeben werden. Wer sie anteilig als Zahlungsmittel akzeptieren möchte, ist herzlich willkommen, bei uns mitzumachen. Damit kann jeder freie Kapazitäten auslasten, Kaufkraft binden und hilft den so dringend notwendigen regionalen Leistungsaustausch anzukurbeln.

Auch die Endverbraucher und Touristen sind herzlich eingeladen ihren »Regionalrabatt«

in Anspruch zu nehmen. Sie können die Oderblüten im Verhältnis 1 Euro : 5 Oderblüten für 20% des Einkaufswertes beim Verein käuflich erwerben und bei teilnehmenden Unternehmen als zusätzliches Zahlungsmittel ausgeben, wobei dann aber eine ODERBlüte einem Euro entspricht. Somit fördern sie Arbeitsplätze in unserer Region.

Für Idealisten und Förderer regionaler Wirtschaft wird es eine »Spendenedition« der ODERBlüte in Gutschein- und später in Münzform geben, welche käuflich erworben werden kann und als Zahlungsmittel genutzt werden soll. Sie kann bei Bedarf in Euro zurückgetauscht werden, allerdings dann mit einem Eurowertverlust. Dieser »Verlust« wird gemeinnützigen sinnhaften Projekten in unserer Region als Spende zur Verfügung gestellt.

Mitarbeiter unseres Vereins kommen gerne auch zu Ihnen, um die ODERBlüte vorzustellen!

HEIKE BECKER,

Barnim Uckermark regional e.V.

(Tel. 03332/291495, Website: www.oderbluete.de)

Programm-Schwächen

Am 12. Januar 2007 beriet die Arbeitsgruppe »Neue Linke Barnim« ein weiteres Mal. Zunächst wurde festgestellt, daß die Programatischen Eckpunkte vom 10. Dezember bereits in vierter Fassung vorliegen. Sie sind jetzt mit den anderen Gründungsdokumenten (Satzung, Finanzordnung, Schiedsordnung) überarbeitet oder neu aus dem Internet abrufbar.

Nach unserer Auffassung sind die Programatischen Eckpunkte auch jetzt noch diskussionswürdig, weil z.B. das Ziel der Partei (das u.E. nur »Demokratischer Sozialismus« heißen sollte) nicht bereits in der Präambel bzw. im Abschnitt I klar definiert ist. Zwei verschiedene Formulierungsebenen – wissenschaftlich und real-politisch – sind spürbar. Einige inhaltliche bzw. Formulierungsschwächen sind nicht zu übersehen.

Die Arbeitsgruppe will vorerst weiter arbeiten. Am 16. Februar trifft sie sich erneut, um 18 Uhr in Biesenthal. Bis dahin hat sich Dr. Helmut Steinbach bereit erklärt, den Versuch einer Kurzfassung der Programatischen Eckpunkte vorzulegen. Eventuell soll er in der März-Ausgabe der »Offenen Worte« als Auftakt zur Urabstimmung veröffentlicht werden.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Eberswalder Bäume als Kunstwerke

ALNUS e.V. kürte Gewinner des Kreativ-Wettbewerbs

Den acht Gewinnern des Kreativ-Wettbewerbs »Der außergewöhnlichste Baum der Stadt Eberswalde« wurden am 12. Januar in der »Villa Motz« vom ALNUS e.V. Sach- und Geldpreise im Wert von 500 Euro überreicht. Für den Kreativ-Wettbewerb sollte ein Eberswalder Baum künstlerisch durch Zeichnung, Foto oder Worte dargestellt werden. Mehr als 20 Einzelkünstler beziehungsweise Künstlergruppen von einer Kindergartengruppe bis zum Rentner nahmen an dem Wettbewerb teil.

Mit dem Wettbewerb will der ALNUS e.V. auf die Bäume der »Waldstadt« Eberswalde aufmerksam machen. Seit dem 3. Februar sind eingegangenen Kunstwerke in der Galerie Nocturne Steinstraße Ecke Kreuzstraße zu sehen.

Der ALNUS e.V. – Arbeitsgemeinschaft für Landschaftspflege, Naturschutz, Umweltbildung und Stadtökologie – wurde 1997 von Studenten der Fachhochschule Eberswalde gegründet.

JOHANNES GIEBERMANN, ALNUS e.V.



Die Preisträger: Sue Wittig und Holger Radtke bekamen 75 Euro von Dipl.-Biologin Ortrud Taeger. Daniel Fuchs und Dirk Winkler erhielten von der Vivatas 30 Euro. Günter Riedel bekam einen Präsentkorb von Thorsten Pelikan vom Globus Naturkostladen. Die Klasse 1c der Bruno-H.-Bürgel-Schule erhielt 75 Euro vom ALNUS e.V. Jan Weber bekam ein Buch von der Buchhandlung Mahler. Lorenz Opitz erhielt einen Gutschein von der Adler-Apotheke. Brigitte Schröter bekam Bürowaren vom MITA Copyshop und Judith Jacob erhielt einen Gutschein vom Altstadtcafé.

Schatzhüter und Partner

Bereits zum zweiten Male luden das Eiscafe Kurth und das Volkskunst- und Kulturzentrum Schatzhüter e.V. Schönwalde zu einer gemeinsamen Vernissage im Forum Bernau ein. Es ist schon Tradition, daß die Schatzhüter mit im Verbund stehenden Kulturvereinen oder -gruppen gemeinsame Ausstellungen und Veranstaltungen gestalten. Zur Vernissage am 25. Januar wurden interessante ÖL-, Acryl- und Aquarellmalereien der Malgruppe des Vereins »Jugend im Wald« vorgestellt. Die Bilder, die unter der Leitung von Marianne Koltermann, Historikerin/Kunsthistorikerin, in der Malgruppe entstanden, sind zu moderaten Preisen auch käuflich zu erwerben. Der Erlös kommt dem Verein »Jugend im Wald« zu Gute. Die Malgruppe ist Ehrenmitglied im Verein Schatzhüter. Sie wurde vor zwei Jahren gegründet und hat jetzt auch gute Arbeitsbedingungen in den Atelier- und Werkstatträumen der Schatzhüter in Schönwalde gefunden. Die Vernissage gilt unter anderem auch dem 10-jährigen Bestehen des Vereins »Jugend im Wald«, der sein Domizil in der Jugendherberge Ützdorf hat.

Auf der Vernissage stellten sich die Gesangsgruppe KALINKA der ASE Bernau und Ehrenmitglied der Schatzhüter mit Ausschnitten aus ihrem neuen Programm mit russischen, kasachischen und ukrainischen Volksliedern vor. Der Verein Schatzhüter hofft, daß auch andere Einzelschaffende, Vereine oder Gruppen sich durch diese Aktion anregen lassen, Kontakt mit ihm auf zu nehmen. Die Ausstellung wird bis zum 20. März 2007 zu sehen sein.

LINDA WEGNER (www.schatzhueter.de)

Dialektik oder drei Blicke auf die Zeitung

Auf den ersten Blick funktioniert die Herausgabe unsere Zeitung im wesentlichen dadurch, daß wir keine Honorare für Texte zahlen. Die Autoren schreiben freiwillig und selbstbestimmt ihre Meinung auf. Die Zeitung hat schlicht keine Ökonomie im klassischen Sinne. Wir nehmen von den Lesern lediglich einen Unkostenbeitrag für den Satz, den Druck und die Verteilung. Aus diesem Grund müssen wir auch keine Werbung drucken und unsere Auflage steigern. Dieser Unkostenbeitrag könnte sinken, wenn noch mehr Leser die elektronische Form bestellen würden. Deshalb ist auch die Steuerbegünstigung, die man sich hartnäckig verweigert, eigentlich nicht erforderlich. So lange wir mehr Beiträge als Platz in unserer Zeitung haben, die Redaktion noch genug Spaß bei der Auswahl der Artikel hat und es noch Leser gibt, können und werden wir auch weiterhin monatlich eine Ausgabe

drucken. Sie können sich darauf verlassen, die Zeitung bleibt unabhängig.

Auf den zweiten Blick erkennt man, daß die eigenständigen Autoren für die Qualität und den besonderen Charakter der Zeitung verantwortlich sind. Sie übernehmen im wesentlichen die Verantwortung für ihre Artikel, recherchieren die Fakten und geben dem Bericht die erforderliche Form. Auf ihren Erfahrungen, Erkenntnissen und Empfindungen beruht die Brisanz und Aktualität die Zeitung. Ihrem Schneid und ihrem Spürsinn verdanken wir Einblicke in die ansonsten verborgenen Geschäfte, Berichte über das wahre Leben und die reizvollen Reportagen, die sonst keiner schreiben würde. Die Autoren müssen auch den Druck aushalten, der von den ertappten Damen und Herren ausgeht. Für die beträchtlichen Aufwendungen der Autoren und ihren Mut wollen wir uns hiermit ganz herzlich be-

danken. Macht weiter so, damit die Qualität der Zeitung stimmt.

Beim dritten Hinsehen merkt man, daß auf nur diese Weise die berühmten und treffsicheren Prognosen zur Kommunalpolitik und das eigenständige Sittenbild unserer faszinierenden Gesellschaft entstehen können, auf die unsere Leserinnen und Leser besonderen Wert legen. Sie können auch weiterhin sicher sein, daß sie wirklich Bedeutendes lesen, weil die Autoren schon sehr betroffen sein müssen, damit sie sich aufrufen und einen Artikel formulieren, der kein Geld bringt.

An diejenigen, die unsere Prognosen nutzen, habe ich noch eine Bitte. Seien Sie so gut und bedanken Sie sich gelegentlich bei den Autoren indem Sie die Zeitung wenigstens bezahlen und nicht heimlich kopieren. In diesem Sinne ein herzliches Glück auf.

Dr. agr. MANFRED PFAFF

Leitbild Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Am Donnerstag, 15. Februar 2007, 18 Uhr, Aula der Fachhochschule Eberswalde, Campus Schicklerstraße, wird die Stadtverwaltung Eberswalde einen neuen Leitbildentwurf »Eberswalde 2020« in einer öffentlichen Veranstaltung, vorstellen. Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde sind herzlich zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Städtepartnerschaften

Eberswalde (prest-ew). Die Stadtverwaltung möchte die Verbindungen zu den Partnerstädten Delmenhorst, Herlev und Gorzów wieder forcieren. Es ist vorgesehen, Inhalte der Zusammenarbeit im gegenseitigen Miteinander neu zu definieren und Kontakt vorzubereiten. Unter anderem ist die Möglichkeit eines Lehrlingsaustausches zu prüfen.

Würdigung für Lesezauber

Eberswalde (bbu). Die Initiatorin der Initiative Lesezauber der Bürgerstiftung Barnim Uckermark, Jenny Seiffert, wurde zum Neujahrsempfang des Landkreises am 30. Januar durch Landrat Bodo Ihrke für ihr ehrenamtliches Engagement gewürdigt. Seit der Gründung im August 2005 koordiniert sie die Aktivitäten von Lesezauber in Eberswalde und ist hier Ansprechpartnerin für fast 20 ehrenamtliche Vorleser/innen. Sie organisiert den Erfahrungsaustausch, bereitet Fortbildungen vor und gab Hilfestellungen bei der Gründung der Lesezauber-Gruppen in Biesenthal und Groß-Schönebeck.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: alnus e.V., Markmann (5), Steiner

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluß: 3. Februar 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.3.2007, 12 Uhr.